
KONJUNKTURPROGNOSE 2020 UND 2021

23. Juni 2020

Sachverständigenrat zur Begutachtung
der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung
Statistisches Bundesamt
65180 Wiesbaden
Tel.: 0049 611 / 75 - 2390
Fax: 0049 611 / 75 - 2538
E-Mail: info@svr-wirtschaft.de
Internet: www.sachverstaendigenrat-wirtschaft.de

Erschienen am 23. Juni 2020
Datenschluss am 18. Juni 2020, 12:00 Uhr

© Sachverständigenrat

KONJUNKTURPROGNOSE FÜR 2020 UND 2021

WICHTIGSTE BOTSCHAFTEN

- Der Sachverständigenrat erwartet, dass die Wirtschaft in Deutschland und im Euro-Raum im Jahr 2020 in Folge der Corona-Pandemie deutlich um 6,5 % beziehungsweise 8,5 % schrumpfen wird.
- Im Jahresverlauf 2020 ist die wirtschaftliche Entwicklung zweigeteilt: Nach einem kräftigen Einbruch im ersten Halbjahr dürfte ab Sommer eine langsame Erholung einsetzen, sodass die Wirtschaft in Deutschland im Jahr 2021 wieder um 4,9 % wachsen wird.
- Die Weltwirtschaft ist stärker beeinträchtigt, und die Eindämmungsmaßnahmen in Deutschland dauern länger an, als der Sachverständigenrat seinen Szenarienrechnungen im März zugrunde gelegt hat.

Der Sachverständigenrat hat bereits im März 2020 ein Sondergutachten zur Corona-Pandemie veröffentlicht, in dem er Szenarien für die wirtschaftliche Entwicklung beschrieben hat. Er legt heute seine Konjunkturprognose vor, da die mittlerweile verfügbaren Wirtschaftsdaten nun eine bessere Einschätzung der wirtschaftlichen Lage im Jahr 2020 ermöglichen.

Die Entwicklung der Wirtschaft in Deutschland dürfte recht nahe an dem im Sondergutachten als „ausgeprägtes V“ beschriebenen Risikoszenario liegen. Der dort berechnete Tiefpunkt wird jedoch voraussichtlich noch unterschritten. Der Sachverständigenrat erwartet für das Jahr 2020 einen Rückgang des realen Bruttoinlandsprodukts (BIP) um 6,5 % (kalenderbereinigt 6,9 %). Für das Jahr 2021 rechnet er mit einem positiven Wachstum von 4,9 % (kalenderbereinigt ebenfalls 4,9 %). Damit dürfte das BIP frühestens im Jahr 2022 wieder auf dem Niveau von vor der Pandemie liegen. Die Arbeitslosenquote wird in den kommenden Monaten weiter ansteigen und erst im Jahresverlauf 2021 wohl langsam wieder zurückgehen.

Das schlechte außenwirtschaftliche Umfeld belastet die deutschen Ausfuhren in diesem Jahr deutlich. Die globale Ausbreitung des Corona-Virus hat zu einer tiefen Rezession der Weltwirtschaft geführt. Für den Euro-Raum rechnet der Sachverständigenrat mit einem Rückgang des realen BIP im Jahr 2020 um 8,5 % und einem positiven Wachstum von 6,2 % im Jahr 2021.

Die Pandemie hat sich weltweit stärker ausgebreitet als zunächst erwartet und es wurden umfangreichere Maßnahmen zur Eindämmung ergriffen, die teilweise noch andauern. Mit der Senkung der Neuinfektionszahlen und der allmählichen Lockerung der gesundheitspolitisch motivierten Einschränkungen in Deutschland sowie bei wichtigen Handelspartnern werden jedoch die Voraussetzungen für eine Erholung im weiteren Jahresverlauf geschaffen. Zudem dürften sich die Stützungsmaßnahmen und beschlossenen wirtschaftspolitischen Konjunkturimpulse positiv auswirken.

Der Ausblick für die weitere wirtschaftliche Entwicklung unterliegt weiterhin einer erheblichen Unsicherheit. Vor allem der weitere Pandemieverlauf ist von großer Bedeutung. Sollte es nicht gelingen, die Anzahl der Neuinfektionen etwa durch Smart Distancing gering zu halten, den Lockerungskurs fortzusetzen und die Unsicherheit der Unternehmen und Haushalte zu senken, ist mit einer deutlich länger anhaltenden Schwächephase zu rechnen.

I. EINLEITUNG

1. Die globale Ausbreitung des Corona-Virus (SARS-CoV-2) hat die Weltwirtschaft in eine tiefe Rezession gestürzt. Die **globale Wirtschaftsleistung** ist in der ersten Jahreshälfte 2020 **massiv eingebrochen**. In Deutschland wird die Corona-Pandemie voraussichtlich den stärksten Rückgang der wirtschaftlichen Aktivität seit Bestehen der Bundesrepublik verursachen.
2. Der Sachverständigenrat hat am 22. März 2020 der Bundesregierung ein **Sondergutachten** zur Corona-Pandemie vorgelegt, in dem er die Entwicklung der Pandemie bis zu diesem Zeitpunkt, die gesundheitspolitischen Maßnahmen, die wirtschaftlichen Auswirkungen und verschiedene wirtschaftspolitische Maßnahmen analysiert hat. In Ermangelung von Daten zur wirtschaftlichen Aktivität während der Pandemie, stellte das Sondergutachten statt der für März üblichen Konjunkturprognose Berechnungen zu **drei Szenarien für den wirtschaftlichen Ausblick** vor. Dabei wurden unterschiedliche Annahmen zur Dauer und Schärfe der gesundheitspolitischen Eindämmungsmaßnahmen getroffen. Für das Jahr 2020 ergaben sich für Deutschland Wachstumsraten des Bruttoinlandsprodukts (BIP) von $-2,8\%$ im Basisszenario, $-4,5\%$ im Risikoszenario „langes U“ und $-5,4\%$ im Risikoszenario „ausgeprägtes V“.
3. Nun liegen Daten für die Monate März und April vor, die es erlauben – wenn gleich unter hoher Unsicherheit – eine Punktprognose in Form des üblichen Konjunkturupdates des Sachverständigenrates zu erstellen. Für das Jahr 2020 dürfte der **Einbruch in Deutschland** mit $-6,5\%$ des BIP insgesamt **noch etwas tiefer ausfallen** als im Risikoszenario „ausgeprägtes V“ des Sondergutachtens vom März unterstellt. Dies liegt insbesondere daran, dass die Entwicklung der Pandemie dynamischer ist, und die Eindämmungsmaßnahmen in Deutschland und vielen anderen Ländern umfassender sind und länger andauern als zunächst erwartet. Die im Vergleich zu den Erwartungen zu Beginn der Pandemie schlechtere Entwicklung im Ausland wirkt sich zudem negativ auf die Nachfrage nach deutschen Exporten aus.
4. Mit der zunehmend erfolgreichen Eindämmung der Pandemie und der allmählichen Lockerung der gesundheitspolitischen Einschränkungen in Deutschland sowie bei wichtigen Handelspartnern dürfte jedoch im dritten Quartal eine Erholung einsetzen. Für das Jahr 2021 erwartet der Sachverständigenrat in Deutschland ein Wachstum von $4,9\%$. Dies entspricht dem im Risikoszenario „ausgeprägtes V“ des Sondergutachtens berechneten Wert. Der **Ausblick** für die weitere wirtschaftliche Entwicklung **unterliegt** allerdings **einer erheblichen Unsicherheit**. Vor allem der weitere Verlauf der Pandemie ist dabei von großer Bedeutung. Sollte die Anzahl der Neuinfektionen wieder deutlich ansteigen, könnte dies zu einer neuerlichen Verunsicherung der wirtschaftlichen Akteure führen, insbesondere dann, wenn möglicherweise notwendige, erneute Einschränkungen die wirtschaftliche Erholung bremsen oder sogar einen weiteren Rückgang des BIP auslösen.

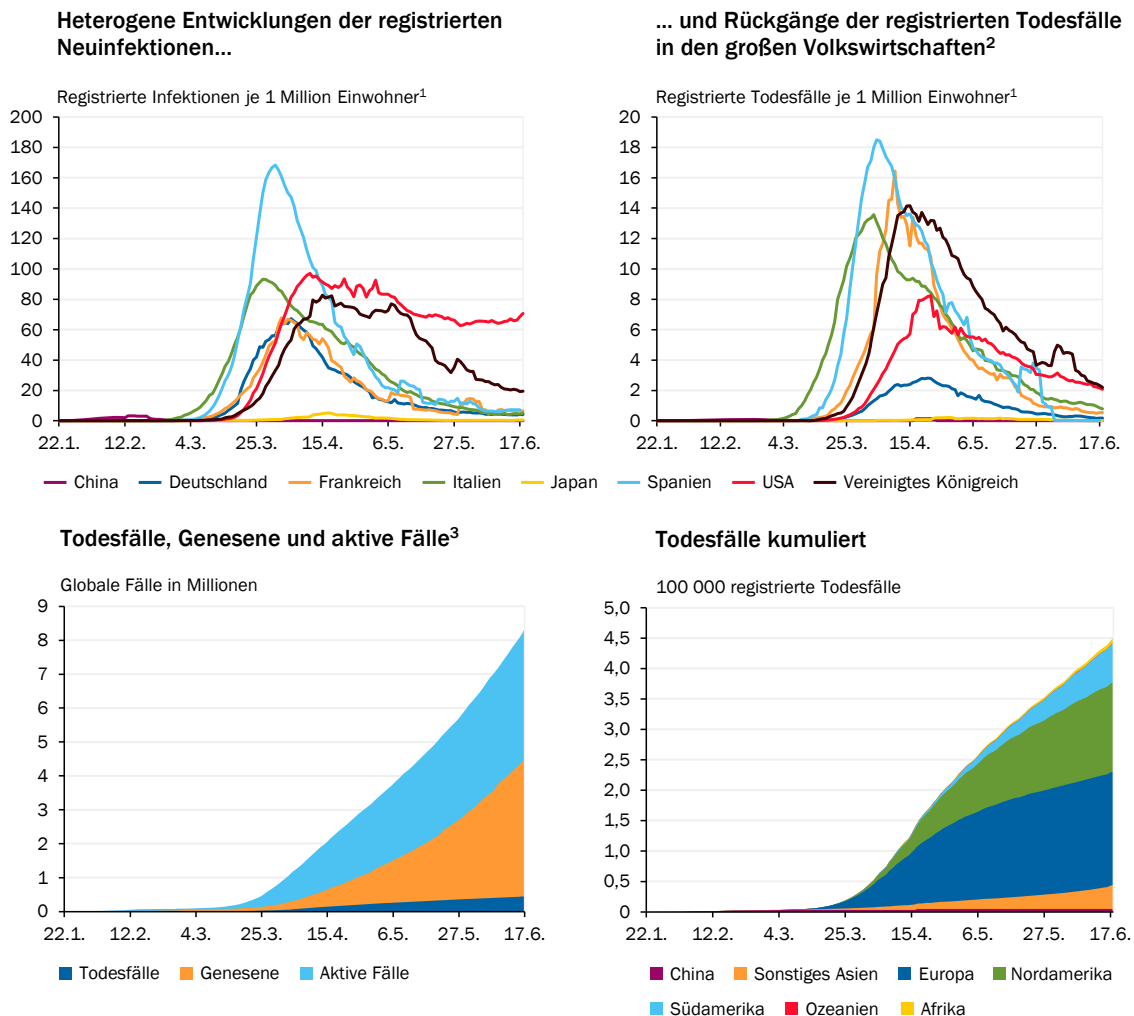
II. INTERNATIONALE KONJUNKTUR

1. Corona-Pandemie führt zu globaler Rezession

5. Der bisherige **Verlauf der Pandemie** ist sehr dynamisch und durch eine erhebliche **Heterogenität zwischen den Staaten** gekennzeichnet. [↘ ABBILDUNG 1 OBEN](#) Nach dem ersten entdeckten Ausbruch der COVID-19-Krankheit in der chinesischen Stadt Wuhan im Dezember 2019 kam es im Januar zu einem deutlichen Anstieg der registrierten Infektionen in China. Die chinesische Regierung unternahm massive **Schritte zur Eindämmung**, in deren Folge die registrierten Neuinfektionen deutlich zurückgingen und seither auf einem niedrigen Niveau verharren. Der jüngste Ausbruch in Peking verdeutlicht jedoch, dass die

↘ ABBILDUNG 1

Verlauf der Corona-Pandemie in den großen Volkswirtschaften und weltweit



1 – Gleitender Durchschnitt der vergangenen 7 Tage. 2 – Für Spanien wird für den 25.5. kein Wert ausgewiesen. Bei den Berechnungen für die Abbildung wird für diesen Tag ein Wert von Null angenommen. 3 – Fallzahlen der Johns Hopkins University, die von den offiziell registrierten Fallzahlen abweichen können.

Quellen: Europäisches Zentrum für die Prävention und die Kontrolle von Krankheiten, Johns Hopkins University, eigene Berechnungen

© Sachverständigenrat | 20-255

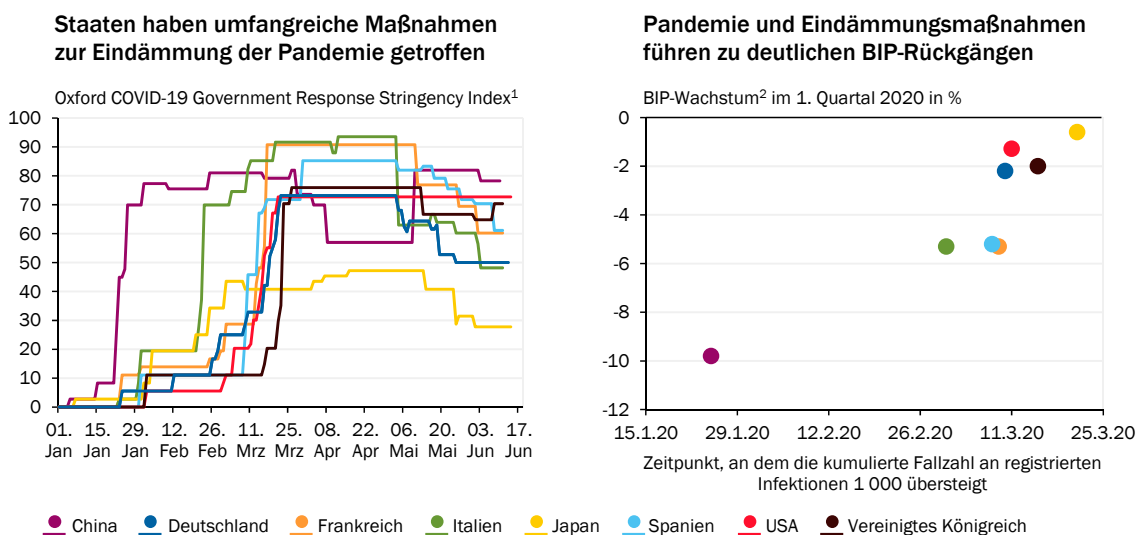
Pandemie in China noch immer nicht völlig unter Kontrolle ist. Der zweite Schwerpunkt der Pandemie lag in Europa, wo beginnend im März insbesondere Spanien und Italien stark betroffen waren. Ab Ende März stiegen die Fallzahlen im Vereinigten Königreich und in den USA deutlich an. Inzwischen sind auch viele Schwellenländer stark von der Pandemie betroffen, die mittlerweile alle Kontinente erfasst hat. [↪ ABBILDUNG 1 UNTEN](#)

Die Anzahl der global registrierten Infektionen stieg zuletzt auf über 8 Millionen Fälle an (WHO, 2020; Stand 17. Juni 2020). Die Anzahl der **Todesfälle** in Verbindung mit dem Corona-Virus beträgt laut WHO weltweit über 440 Tausend Tote. Bei den Angaben zu Krankheits- und Todesfällen ist jedoch zu beachten, dass **Unterschiede**, etwa **beim Einsatz von Tests** oder bei der Definition von Fällen, die Vergleichbarkeit über Länder und über die Zeit hinweg einschränken. So kann beispielsweise eine geringe Anzahl von durchgeführten Tests dazu führen, dass nur wenige Infektionen als solche erkannt und registriert werden. Möglicherweise bestehende Unterschiede bei der Dunkelziffer der Infektionen wären bei der Interpretation der Daten zu berücksichtigen.

6. Zur **Eindämmung der Pandemie** haben die Staaten weltweit eine Vielzahl von Maßnahmen ergriffen (SG 2020 Ziffern 22 ff.), wobei sich Vorgehen und Ausmaß international teils deutlich unterscheiden. Zu den Maßnahmen zählen neben Verpflichtungen zum Masken tragen und Abstand halten, etwa das Verbot von Großveranstaltungen und von Treffen in größeren Gruppen, Grenzschließungen sowie die **Schließung** von Schulen, Kindergärten, öffentlichen Einrichtungen, Restaurants und Teilen des Einzelhandels. Mancherorts gab es zeitweise nochmals stärkere **Einschränkungen** der Bewegungsfreiheit und umfassendere Schließungen von Produktionsstätten.

[↪ ABBILDUNG 2](#)

Eindämmungsmaßnahmen und wirtschaftliche Entwicklung während der Corona-Pandemie



1 – Der Index erfasst die Anzahl und die Strenge von Regierungsmaßnahmen zur Eindämmung der Pandemie, ohne deren Eignung zu bewerten. Er nimmt Werte zwischen 0 und 100 an. Zu den erfassten Maßnahmen zählen neben Schließungen von Schulen, Produktionsstätten oder des öffentlichen Nahverkehrs die Absage von öffentlichen Veranstaltungen und Einschränkungen der Versammlungs- oder Bewegungsfreiheit sowie von internationalen Reisen. 2 – Veränderung zum Vorquartal. Preis-, saison- und kalenderbereinigt.

Quellen: Europäisches Zentrum für die Prävention und die Kontrolle von Krankheiten, nationale Statistikämter, Oxford COVID-19 Government Response Tracker, Blavatnik School of Government

Der zeitliche Verlauf der Ausbreitung der Pandemie spiegelt sich in den Eindämmungsmaßnahmen wider. Während diese in China bereits im Januar begannen und seit Ende März wieder gelockert wurden, führten andere Länder die Maßnahmen erst später ein und begannen entsprechend später mit Lockerungen. [ABBILDUNG 2 LINKS](#) In Europa ist die Anzahl der Neuinfizierten seit etwa Ende März deutlich gesunken, sodass dort Anfang Mai **Lockerungen der Maßnahmen** einsetzten. In den USA und im Vereinigten Königreich ist die Anzahl der Neuinfektionen zwar gesunken, im Vergleich zu den großen Mitgliedstaaten der Europäischen Union (EU) ist sie relativ zur Bevölkerung aber noch vergleichsweise hoch. In den USA haben sich allerdings die regionalen Schwerpunkte der Neuinfektionen verlagert. Vielerorts werden die Einschränkungen zurückgefahren.

Erhebliche wirtschaftliche Auswirkungen der Pandemie

- Die Pandemie und die Maßnahmen zu ihrer Eindämmung haben erhebliche wirtschaftliche **Auswirkungen** (SG 2020 Ziffern 35 ff.). Diese **treffen** gleichzeitig die **Angebots- und Nachfrageseite der Volkswirtschaft**. So wird das gesamtwirtschaftliche Angebot eingeschränkt, weil Erwerbstätige krankheits- oder quarantänebedingt ausfallen, oder weil sie aufgrund der Schließung von Schulen und Kindertagesstätten ihre Kinder zu Hause betreuen müssen. Gesundheitspolitisch begründete Werksschließungen und fehlende Vorprodukte aufgrund von Ausfällen auf vorgelagerten Produktionsstufen treffen ebenfalls direkt die Angebotsseite. Die Schließungen von Restaurants und weiten Teilen des Einzelhandels schränken die Möglichkeiten für den privaten Konsum ein. Nachfrageseitig führen die Sorge vor dem Ansteckungsrisiko, eine erhöhte Unsicherheit sowie gesunkene Einkommen und Einkommenserwartungen zu einem Rückgang der Nachfrage nach Konsum- und Investitionsgütern im In- und Ausland.



Inzwischen liegen bereits eine Reihe von **Studien mit makroökonomischen Modellen** zu den wirtschaftlichen Auswirkungen der Corona-Pandemie vor. Ein Teil der Analysen – insbesondere mit umfangreicheren Modellen – erfasst die Pandemie in Form einer Kombination makroökonomischer Angebots- und Nachfrageschocks. Weitere **Studien** verbinden ein epidemiologisches Modell, das SIR-Modell (“Susceptible-Infected-Recovered”), **mit einfachen, makroökonomischen Gleichgewichtsmodellen**, um die konjunkturellen Auswirkungen der Pandemie unter Berücksichtigung der Wechselwirkung zwischen ökonomischen Entscheidungen und der Verbreitung des Virus zu untersuchen.

Eichenbaum et al. (2020) zeigen in ihrem Modell, dass die freiwillige Reduktion von Konsum und Produktion aufgrund der verbleibenden Infektionsgefahr nicht ausreichend ist, um die Pandemie frühzeitig einzudämmen. Daher können **staatlich verordnete Quarantänemaßnahmen wohlfahrtssteigernd** wirken. Aufbauend darauf argumentieren Krueger et al. (2020), dass die Haushalte endogen ihren Konsum zu Sektoren verschieben, die ein niedrigeres Infektionsrisiko haben. Dies deckt sich mit den empirischen Ergebnissen von Farboodi et al. (2020) bezüglich der Reduktion sozialer Kontakte in den USA bereits vor der Einführung staatlicher Quarantänemaßnahmen.

Andere Studien untersuchen, wie sich ein durch Quarantänemaßnahmen verursachter **Produktionsrückgang** und ein **Konsumverzicht** privater Haushalte aufgrund von Ein-

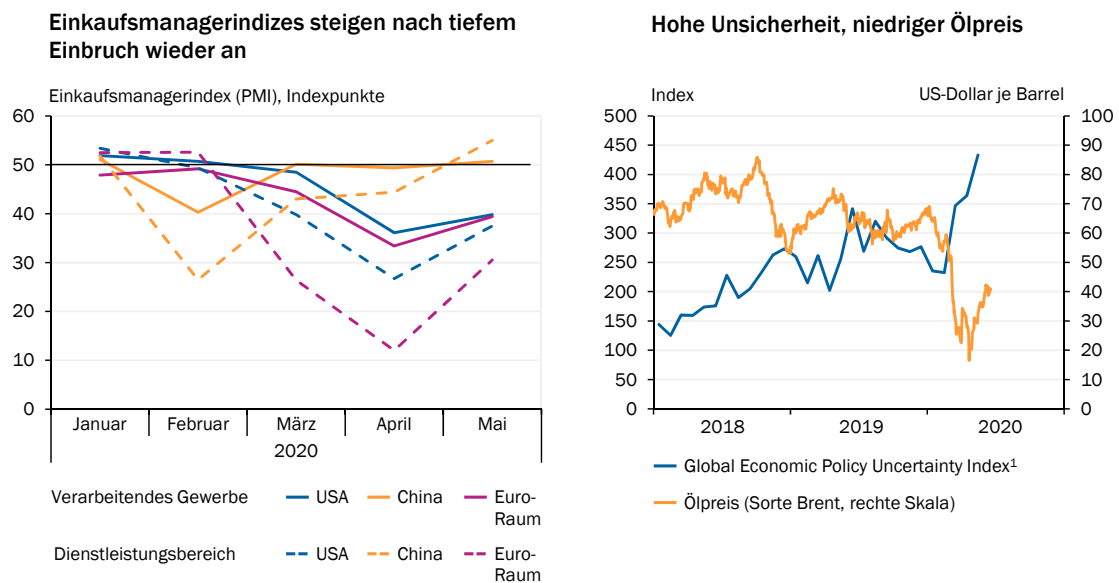
kommensausfällen wechselseitig verstärken können. Guerrieri et al. (2020) zeigen, dass in Mehr-Sektoren-Modellen der Einkommensverlust durch Quarantänemaßnahmen in einem Sektor zu einem gesamtwirtschaftlichen Nachfragerückgang führen kann, der den Angebotsrückgang übersteigt. In einem verwandten Modell finden Bodenstein et al. (2020), dass die Rezession stärker ausfallen kann, wenn ein für die gesamtwirtschaftliche Produktion zentraler Sektor von der Pandemie besonders betroffen ist. Sforza und Steininger (2020) analysieren in einem Mehr-Länder-Modell, wie **globale Handels- und Produktionsnetzwerke** zu einer internationalen Transmission der durch die Pandemie verursachten wirtschaftlichen Beeinträchtigungen führen können. McKibbin und Fernando (2020) finden in ihrem Mehr-Länder-Modell, dass die dramatischen ökonomischen Kosten für alle untersuchten Länder eine frühzeitige Investition in Präventivmaßnahmen rechtfertigen.

Neben den direkten Nachfrageeffekten der Corona-Pandemie betonen Bayer et al. (2020), dass die **Unsicherheit über zukünftige Einkommensverluste** zu einer erhöhten Sparneigung und damit zu einem zusätzlichen Konsumverzicht der privaten Haushalte führen kann. Pfeiffer et al. (2020) zeigen, dass der Rückgang bei Angebot und Nachfrage die Bruttowertschöpfung der Unternehmen belastet und so ihren Zugang zu Krediten erschwert. Aufgrund von **Liquiditätsengpässen** werden betroffene Unternehmen Investitionen reduzieren, was ebenfalls zu einer Verschärfung und Verlängerung der Rezession führt. Staatliche Liquiditätshilfen dürften hierbei konjunkturstabilisierend wirken.

8. Die inzwischen vorliegenden Schätzungen durch die Statistikämter zeigen **deutliche Rückgänge des Bruttoinlandsprodukts (BIP)** bereits **im ersten Quartal 2020**. [↘ ABBILDUNG 2 RECHTS](#) Da China früher als andere Staaten von der Pandemie betroffen war, fiel der Einbruch im ersten Quartal gegenüber dem Vorquartal dort mit 9,8 % besonders stark aus. Mit Werten von über 5 % waren die Rückgänge in Frankreich, Italien und Spanien jedoch ebenfalls erheblich und in den USA sowie im Vereinigten Königreich sank das BIP ebenfalls deutlich. Von den großen fortgeschrittenen Volkswirtschaften fiel der Rückgang in Japan am geringsten aus, allerdings war hier das BIP schon im vierten Quartal 2019 nach der Erhöhung der Umsatzsteuer merklich gesunken.
9. Die globale Entwicklung der Pandemie und die daraus resultierende Rezession spiegeln sich in Unternehmensbefragungen wider. So kam es im Februar zu einem starken **Rückgang der Einkaufsmanagerindizes** in China. [↘ ABBILDUNG 3 LINKS](#) Besonders deutlich fiel dieser im Dienstleistungsbereich aus, der von den gesundheitspolitisch motivierten Einschränkungen stark betroffen ist. Während die Indizes in China sich schon wieder erholten, kam es im März im Euro-Raum und den USA zu einem Rückgang, der sich im April deutlich verstärkte. Die Anstiege der Indizes im Mai deuten vor dem Hintergrund der Lockerungen darauf hin, dass der vorläufige Tiefststand durchschritten ist. Allerdings liegen die Werte in den USA und im Euro-Raum noch unter der Wachstumsschwelle von 50 Punkten. Gleichzeitig bleibt die **Unsicherheit sehr hoch**. [↘ ABBILDUNG 3 RECHTS](#) Der Ölpreis hat sich im Mai wieder etwas erholt, nachdem er im März deutlich gefallen war, woran insbesondere der pandemiebedingte Nachfragerückgang und Konflikte zwischen den ölproduzierenden Ländern über die Angebotsmenge ihren Anteil hatten.

➤ ABBILDUNG 3

Einkaufsmanagerindizes, Unsicherheit und Ölpreis



1 – Mit kaufkraftbereinigtem BIP gewichteter Index für 21 Länder. Durchschnitt der Jahre 1997 bis 2015 = 100.

Quellen: Economic Policy Uncertainty, IHS Markit, Refinitiv Datastream, eigene Berechnungen

© Sachverständigenrat | 20-183

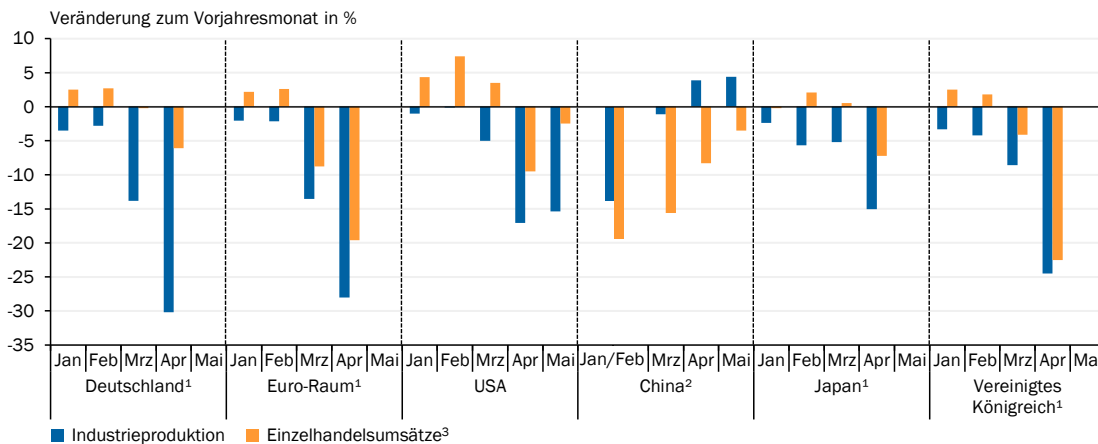
2. Beginnende Erholung nach tiefem Einbruch

10. Für die Entwicklung der Weltwirtschaft sind der **weitere Verlauf der Pandemie sowie effiziente Eindämmungsmaßnahmen, wirksame Behandlungsmethoden und Impfstoffe von erheblicher Bedeutung**. Für die vorliegende Prognose geht der Sachverständigenrat von der Annahme aus, dass es zunehmend gelingt, die Neuinfektionen einzudämmen und ein Wiederaufflammen der Pandemie mit erneuten Verschärfungen der Maßnahmen zu vermeiden. In diesem Fall könnten die Einschränkungen weiter gelockert und die Wirtschaftsaktivität wieder gesteigert werden. In einem solchen Szenario würde durch geeignete Maßnahmen und Regelungen das **Infektionsrisiko** absehbar geringgehalten werden, wodurch die Bevölkerung und Unternehmen schnell wieder Zuversicht gewinnen würden. Ein anderer Pandemieverlauf könnte zu deutlichen Abweichungen von dem prognostizierten Szenario für die Weltwirtschaft führen. ➤ ZIFFER 22 Entscheidend für den weiteren Verlauf dürfte zudem sein, wie synchron die weitere Entwicklung global verläuft, damit die Erholung in den einzelnen Volkswirtschaften nicht durch eine fehlende **Exportnachfrage** ausgebremst wird. Im Fall von Produktionseinschränkungen könnten zudem fehlende **Vorleistungen** die Produktion behindern.

11. Noch immer besteht angesichts der historisch einmaligen Situation eine erhebliche **Unsicherheit über die Tiefe des wirtschaftlichen Einbruchs** während der pandemiebedingten Einschränkungen. Die bislang vorliegenden Monatswerte für Industrieproduktion und Einzelhandel deuten in den großen fortgeschrittenen Volkswirtschaften auf einen scharfen Einbruch hin. ➤ ABBILDUNG 4 In China zeigen die Indikatoren inzwischen bereits eine gewisse Erholung der Wirt-

▸ ABBILDUNG 4

Industrieproduktion und Einzelhandelsumsätze in ausgewählten Volkswirtschaften im Jahr 2020



1 – Noch keine Werte für Mai vorhanden. 2 – Die Werte für Januar und Februar werden in China zusammengefasst veröffentlicht. 3 – Ohne Handel mit Kraftfahrzeugen.

Quellen: Eurostat, nationale Statistikämter, eigene Berechnungen

© Sachverständigenrat | 20-222

schaftsaktivität an. In den USA deutet, neben den im Mai gegenüber April angestiegenen Einzelhandelsumsätzen, etwa die Entwicklung der Arbeitslosigkeit darauf hin, dass der vorläufige **Tiefpunkt im April erreicht** worden sein könnte. So ging die Arbeitslosenquote im Mai auf 13,3 % zurück, nachdem sie im April um mehr als 10 Prozentpunkte auf 14,7 % angestiegen war.

12. Vor dem Hintergrund der jüngsten Entwicklungen erwartet der Sachverständigenrat den Beginn einer langsamen **Erholung der Weltwirtschaft im zweiten Halbjahr 2020**. In China dürfte die Erholung bereits früh im zweiten Quartal begonnen haben. Ausgehend von dem sehr niedrigen Aktivitätsniveau dürften die Wachstumsraten dabei zunächst zwar recht hoch ausfallen. Eine Rückkehr zum vor der Pandemie erreichten Niveau dürfte in den meisten Volkswirtschaften angesichts des fortbestehenden Infektionsrisikos, der anhaltenden Einschränkungen und der erlittenen Einkommensverluste jedoch Zeit benötigen. Gerade im von den Eindämmungsmaßnahmen besonders stark betroffenen Dienstleistungsbereich erscheinen größere Nachholeffekte, die zwischenzeitlich zu einer höheren Aktivität führen könnten, wenig wahrscheinlich. **Positive Impulse** dürften hingegen von der **Geld- und der Fiskalpolitik** ausgehen. Viele Staaten und Zentralbanken, darunter nicht zuletzt die US-amerikanische Federal Reserve und die Europäische Zentralbank (EZB), haben umfangreiche Maßnahmen beschlossen (Cavallino und Fiore, 2020; IWF, 2020a).
13. Während die chinesische Volkswirtschaft für das Gesamtjahr 2020 noch eine positive Wachstumsrate von 0,3 % erreichen und im Jahr 2021 mit 8,8 % stark wachsen dürfte, ist für die großen fortgeschrittenen Volkswirtschaften im Jahr 2020 **mit BIP-Rückgängen von historischem Ausmaß zu rechnen**. ▸ TABELLE 1 Der Sachverständigenrat rechnet mit einem Rückgang des BIP in den USA um 6,1 % und in Japan um 4,4 %. In den großen europäischen Volkswirtschaften dürfte der Einbruch noch stärker ausfallen. Im Jahr 2021 dürfte es aufgrund von Aufholeffekten in allen betrachteten Volkswirtschaften zu hohen posi-

TABELLE 1

Wachstum des Bruttoinlandsprodukts¹ in ausgewählten Volkswirtschaften

	USA	China	Japan	Vereinigtes Königreich	Euro-Raum				
					Insgesamt	darunter:			
						Deutsch- land ²	Frankreich	Italien	Spanien
2019	2,3	6,1	0,7	1,4	1,3	0,6	1,5	0,3	2,0
2020 ³	- 6,1	0,3	- 4,4	- 8,8	- 8,5	- 6,9	-11,0	-11,8	-11,5
2021 ³	4,7	8,8	2,9	4,8	6,2	4,9	8,4	7,0	8,1

1 – Veränderung zum Vorjahr in %. Preisbereinigt. 2 – Aufgrund der Kalendereinigung unterscheidet sich der hier genannte Wert für das BIP-Wachstum in Deutschland im Jahr 2020 von dem an anderer Stelle angegebenen Ursprungswert (vgl. Tabelle 4). 3 – Prognose des Sachverständigenrates. Werte basieren auf saison- und kalendereinigten Quartalswerten.

Quellen: Eurostat, nationale Statistikämter, eigene Berechnungen

© Sachverständigenrat | 20-151

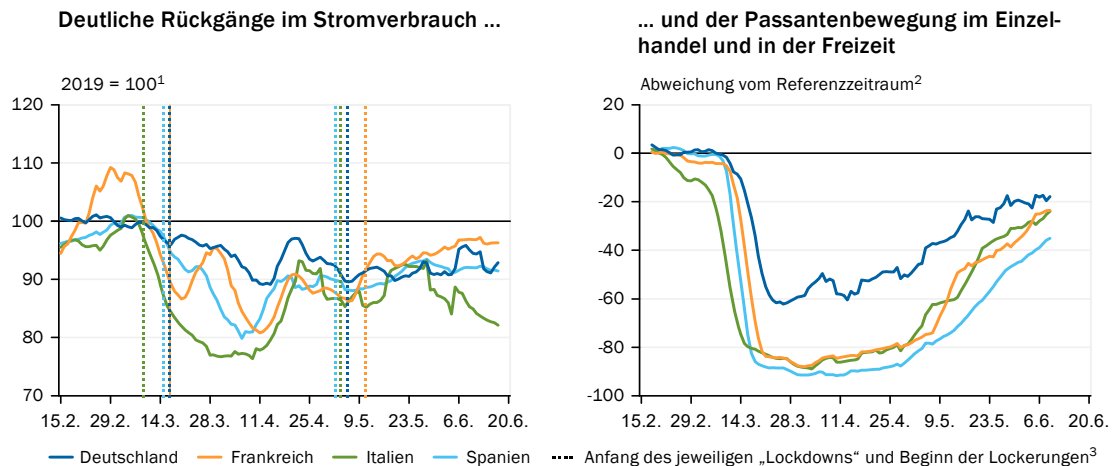
tiven Wachstumsraten kommen. Beim globalen Handel spiegelt sich diese Entwicklung wider. Der Sachverständigenrat erwartet für die Jahre 2020 und 2021 Änderungsraten des Welthandelsvolumens gemäß den Daten des niederländischen Centraal Planbureau (CPB) von -9,6 % beziehungsweise 8,5 %.

Euro-Raum stark betroffen

14. Von den großen Volkswirtschaften im Euro-Raum waren Frankreich, Italien und Spanien besonders stark von der Pandemie und den wirtschaftlichen Auswirkungen betroffen. Die im Mai begonnenen schrittweisen **Lockerungen** und die Wiederöffnung der innereuropäischen Grenzen im Juni dürften mit einer Zunahme der Wirtschaftsaktivität einhergehen. Das Tempo der Lockerungen unterscheidet sich dabei zwischen den Mitgliedstaaten. Für die weitere Entwicklung insbesondere im Sommer dürfte dabei von Bedeutung sein, inwieweit grenzüberschreitender Tourismus möglich sein wird und tatsächlich stattfindet, da dieser in einigen Mitgliedstaaten volkswirtschaftlich von großer Bedeutung ist.
15. Da die meisten statistischen Daten zur wirtschaftlichen Aktivität erst mit einem zeitlichen Abstand zum Berichtszeitraum vorliegen, stellt die Einschätzung des wirtschaftlichen Einbruchs sowie der beginnenden Erholung eine **erhebliche Herausforderung** dar. **Echtzeitindikatoren** können möglicherweise dabei helfen, die Entwicklung in den verschiedenen Bereichen der Volkswirtschaften einzuschätzen. Hierzu zählen der **Stromverbrauch** und **Bewegungsdaten** von Mobiltelefonen (Felbermayr et al., 2020). Vor dem Hintergrund steigender Infektionszahlen und mit Beginn der Einschränkungen brach der Stromverbrauch Mitte März in den großen Mitgliedstaaten des Euro-Raums deutlich ein und verbleibt seitdem unter dem Niveau, das im Jahr 2019 in diesen Monaten erreicht wurde. [TABELLE 5 LINKS](#) Zwar zeigt sich seit April eine Annäherung des Stromverbrauchs an das Vorjahresniveau. Der noch vergleichsweise große Abstand deutet jedoch auf eine weiterhin stark gedämpfte industrielle Aktivität hin.
16. Einen Anhaltspunkt für die Auswirkungen etwa auf den Einzelhandel und die Gastronomie können Bewegungsdaten von Mobiltelefonen liefern. [TABELLE 5 RECHTS](#) So kam es angesichts von steigenden Infektionszahlen und der folgenden Schließung dieser Bereiche in allen betrachteten Ländern im Vergleich zum Re-

▾ **ABBILDUNG 5**

Echtzeitindikatoren in ausgewählten Mitgliedstaaten des Euro-Raums während der Pandemie 2020



1 – Gleitende 7-Tagesdurchschnitte. Relativ zum entsprechenden Zeitraum im Jahr 2019. Saison- und kalenderbereinigt. 2 – 7-Tagesdurchschnitte. Abweichung vom Median des jeweiligen Wochentags im Referenzzeitraum vom 3. Januar bis zum 6. Februar. 3 – Datierungen richten sich nach der jeweiligen Einführung und Lockerung der Beschränkungen in der Produktion, im Einzelhandel und im Gastgewerbe. Deutschland: Schließung aller nicht für die Grundversorgung notwendigen Geschäfte ab 17. März; Möglichkeit zur Wiedereröffnung ab 6. Mai. Frankreich: Nationale Ausgangssperre und Schließung aller nicht für die Grundversorgung notwendigen Geschäfte ab 17. März; Aufhebung der Ausgangssperre und Möglichkeit zur Wiedereröffnung ab 11. Mai. Italien: Nationale Ausgangssperre, Schließung aller nicht für die Grundversorgung notwendigen Geschäfte und Produktion ab 10. März; Aufhebung der Ausgangssperre, Wiederaufnahme der Produktion und Außer-Haus-Gastronomie ab 4. Mai. Spanien: Nationale Ausgangssperre und Schließung aller nicht für die Grundversorgung notwendigen Geschäfte ab 15. März; Aufhebung der Ausgangssperre ab 3. Mai, aber große regionale Unterschiede.

Quellen: ENTSO-E, Google, eigene Berechnungen

© Sachverständigenrat | 20-215

ferenzzeitraum zu einem deutlichen **Rückgang der Mobilität**. Aufgrund der strengen Ausgangsbeschränkungen in Italien, Frankreich und Spanien ging die Mobilität in diesen Mitgliedstaaten diesen Daten zufolge um über 80 % zurück. Zusammen mit der schrittweisen Öffnung von Einzelhandel, Gastronomie und Kultureinrichtungen steigt die Mobilität seit Anfang Mai wieder langsam an. Analysen von Kreditkarten- und Online-Transaktionen zeichnen ein ähnliches Bild. Die vor dem Hintergrund der Ausbreitung der Pandemie und der Schließungen weiter Teile des stationären Einzelhandels deutlich geringeren Umsätze deuten auf einen erheblichen **Rückgang des privaten Konsums** hin. Dieser wurde nur zu einem kleinen Teil durch eine Verlagerung zum Online-Handel abgeschwächt (Carvalho et al., 2020; Insee, 2020; Statistisches Bundesamt, 2020a). Für Frankreich und Deutschland weisen jüngste Daten darauf hin, dass die Transaktionen im stationären Handel wieder ansteigen, während sie im Online-Handel gleichzeitig stabil sind.

17. Basierend auf den Echtzeitindikatoren und auf Schätzungen mit Hilfe von Nowcast-Modellen ▾ **KASTEN 1 SEITE 21** ist **im zweiten Quartal mit deutlichen Rückgängen des BIP** der Mitgliedstaaten des Euro-Raums **zu rechnen**. In Spanien, Italien und Frankreich dürfte das BIP im zweiten Quartal um mehr als 15 % zurückgehen. Einen wesentlichen Anteil hieran hat die geringe wirtschaftliche Aktivität im April. Zudem dürfte die Entwicklung in den wieder geöffneten Wirtschaftsbereichen im Mai und Juni nicht zuletzt aufgrund der weiterhin geltenden **Einschränkungen** und der anhaltend hohen **Unsicherheit** nur langsam an Fahrt aufnehmen. Für den Euro-Raum insgesamt erwartet der Sachverständigenrat einen Rückgang des BIP im Jahr 2020 um 8,5 % (kalenderbereinigt). Im Jahr 2021 dürfte das Wachstum dann mit 6,2 % wieder deutlich positiv

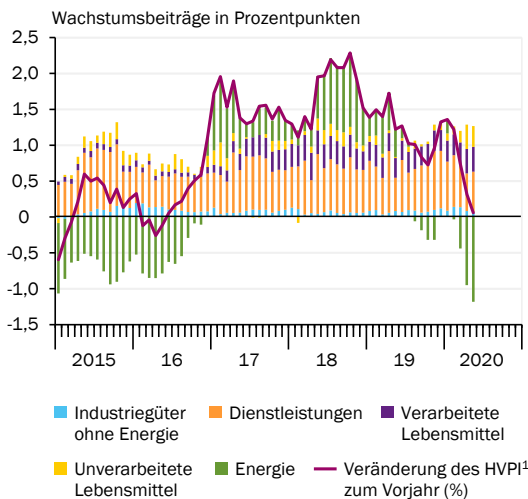
ausfallen. Trotz dieses Anstiegs dürfte das BIP am Ende des Jahres 2021 noch unter dem vor der Corona-Pandemie erreichten Niveau liegen.

18. Im Zuge der Krise ist mit einem spürbaren **Anstieg der Arbeitslosigkeit** im Euro-Raum zu rechnen. Der positive Arbeitsmarkttrend der vergangenen Jahre kommt damit vorerst zu einem Ende. Die Entwicklung in den einzelnen Mitgliedstaaten dürfte aufgrund der unterschiedlichen wirtschaftlichen Betroffenheit und bestehender institutioneller Unterschiede recht heterogen sein. Für den Euro-Raum insgesamt rechnet der Sachverständigenrat für die Jahre 2020 und 2021 mit einer jahresdurchschnittlichen Erwerbslosenquote von 9,6 % beziehungsweise 9,3 %. Im Jahr 2019 hatte sie noch bei 7,5 % gelegen.

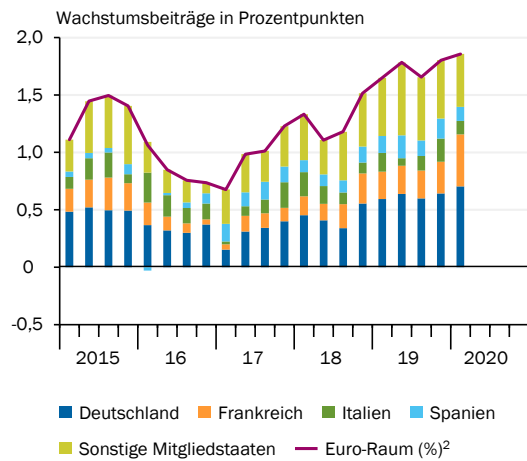
▾ **ABBILDUNG 6**

Entwicklung von Inflation, Geldmenge und Krediten im Euro-Raum

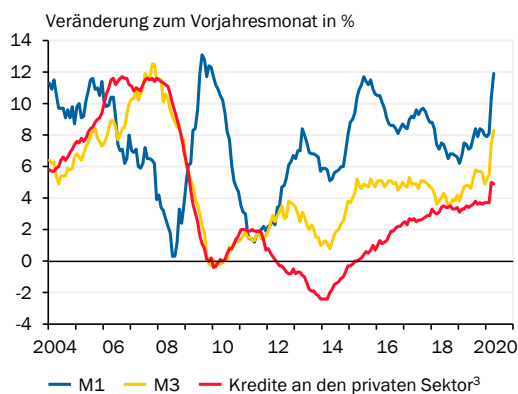
Ölpreisrückgang lässt Verbraucherpreisinflation im Euro-Raum sinken



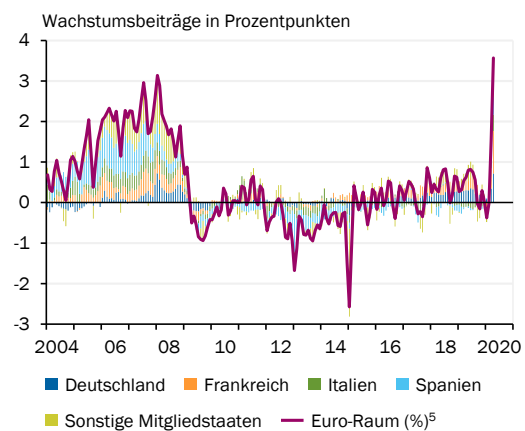
Zuletzt stärkere Anstiege des BIP-Deflators



Entwicklung der Geldmengenaggregate und des Kreditvolumens im Euro-Raum



Liquiditätsbedarf führt zu starkem Anstieg der Unternehmenskredite⁴



1 – Harmonisierter Verbraucherpreisindex. 2 – Veränderung zum Vorjahr. 3 – Kredite an nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften und private Haushalte (einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck), saison- und kalenderbereinigt. 4 – Kredite an nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften, saison- und kalenderbereinigt. 5 – Veränderung der gleitenden 2-Monatsdurchschnitte.

Quellen: Eurostat, EZB, eigene Berechnungen

19. Während pandemiebedingte Angebotseinschränkungen bei einzelnen Produkten zu steigenden Preisen führen könnten, dürften die krisenbedingt schwächere Nachfrage und die verschlechterte Lage am Arbeitsmarkt einen inflationsmindernden Effekt auf die Preise haben. Gleichzeitig geht vom zwischenzeitlichen Einbruch des Ölpreises ein starker Effekt auf die Energiekomponente des Harmonisierten Verbraucherpreisindex (HVPI) aus. [↘ ABBILDUNG 6 OBEN LINKS](#) Vor diesem Hintergrund ist mit einem deutlichen **Rückgang der Verbraucherpreisinflation** zu rechnen. Für die Jahre 2020 und 2021 erwartet der Sachverständigenrat für den Euro-Raum Inflationsraten des HVPI von 0,4 % beziehungsweise 1,0 %. Bei der Kerninflation ist der Rückgang hingegen weniger stark ausgeprägt. Sie dürfte in den beiden Jahren des Prognosezeitraums bei 0,7 % beziehungsweise 0,8 % liegen. Gemessen in Vorjahresraten ist der BIP-Deflator zuletzt etwas stärker angestiegen. [↘ ABBILDUNG 6 OBEN RECHTS](#) Daten zu den Kreditbeständen im Euro-Raum zeigen einen starken Anstieg der Unternehmenskredite im März und April. [↘ ABBILDUNG 6 UNTEN](#) Laut Ergebnissen des Bank Lending Survey der EZB (2020a) für das erste Quartal ist vor allem der krisenbedingte Liquiditätsbedarf der Unternehmen stark angestiegen. Die Nachfrage nach Krediten für Investitionen ist hingegen deutlich zurückgegangen.
20. Nachdem die **EZB** bereits im März mit umfassenden Maßnahmen auf die Corona-Krise reagiert hatte (SG 2020 Ziffern 159 ff.), setzte sie seitdem weitere geldpolitische Impulse. So wurden im April neue nicht gezielte, längerfristige Pandemie-Notfallrefinanzierungsgeschäfte (PELTRO) beschlossen und die Bedingungen der bereits zuvor angekündigten gezielten, längerfristigen Refinanzierungsgeschäfte angepasst (EZB, 2020b). In seiner Sitzung am 4. Juni beschloss der EZB-Rat zudem eine **Ausweitung des Rahmens des Pandemie-Notfallankaufprogramms** (Pandemic Emergency Purchase Programme, PEPP) um 600 Mrd Euro auf einen Gesamtumfang von bis zu 1 350 Mrd Euro (EZB, 2020c). Zudem wird der Zeithorizont für die Käufe im Rahmen des PEPP um mindestens sechs Monate bis Ende Juni 2021 verlängert. Im Rahmen des PEPP anfallende Tilgungsbeträge sollen bis mindestens Ende 2022 bei Fälligkeit reinvestiert werden. Das PEPP-Portfolio soll zukünftig außerdem so auslaufen, dass es zu keiner Beeinträchtigung der geldpolitischen Ausrichtung kommt.
21. Zusätzlich zu den automatischen Stabilisatoren wurde **fiskalpolitisch** mit umfangreichen diskretionären Maßnahmen **auf die Krise reagiert**. Auf nationaler Ebene geschieht dies in Form von fiskalischen Impulsen, Stundungen sowie Garantien und Liquiditätsunterstützungen. Die Finanzierung dieser Maßnahmen durch die Aufnahme von Schulden hat die Europäische Kommission durch Anwendung der Ausnahmeregelungen in den Fiskalregeln ermöglicht. Auf europäischer Ebene hat die EU im März zunächst mit einem Maßnahmenpaket in Höhe von 37 Mrd Euro reagiert (SG 2020 Ziffer 126). Im April einigten sich die EU-Mitgliedstaaten auf ein Kreditprogramm im Umfang von 540 Mrd Euro. Neben dem Kurzarbeiterprogramm SURE und der Bereitstellung von Unternehmenskrediten durch die Europäische Investitionsbank (EIB) können Staaten über den Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) bis zu 240 Mrd Euro als Kredite in Anspruch nehmen. Darüber hinaus werden verschiedene **Vorschläge für einen europäischen Wiederaufbaufonds diskutiert**. Eine deutsch-französische Initiative schlägt einen Fonds mit Zuschüssen in Höhe von

500 Mrd Euro vor. Andere Mitgliedstaaten plädieren für einen geringeren Betrag, der in Form von Krediten vergeben werden soll. Die Europäische Kommission hat einen Vorschlag im Umfang von 750 Mrd Euro, teils als Kredite teils als Zuschüsse, vorgelegt, wobei ein Großteil der Mittel erst nach Ende des Prognosezeitraums fließen soll.

3. Chancen und Risiken

22. Der Ausblick auf die weitere wirtschaftliche Entwicklung unterliegt einer erheblichen **Unsicherheit**, und es bestehen **zahlreiche Risiken**, deren Eintreten dazu führen würde, dass die tatsächliche Entwicklung von dem in der Prognose erwarteten Szenario abweicht. Ein wesentliches Risiko stellt dabei die **weitere Entwicklung der Pandemie** dar. Gelingt es nicht, wie in der Prognose unterstellt, die Anzahl der Neuinfektionen gering zu halten, den Lockerungskurs fortzusetzen und die Unsicherheit zu senken, ist mit einer deutlich länger anhaltenden Schwächephase zu rechnen. Anstatt des in der Prognose unterstellten (langgezogenen, asymmetrischen) V-förmigen BIP-Verlaufs, würde es dann zu einem U-förmigen Verlauf kommen. Hierzu könnte zudem beitragen, dass das Wiederhochfahren der Produktion aufgrund der Verflechtungen entlang der Wertschöpfungsketten länger dauern würde, wenn es in einzelnen Bereichen oder Regionen zu erneuten umfassenderen Produktionsausfällen käme.

Sollte es zu einer starken **zweiten Infektionswelle** kommen und würden **erneute Einschränkungen** notwendig, wäre ein weiterer Rückgang der Wirtschaftsaktivität wahrscheinlich. In diesen Szenarien dürfte die Wirtschaftsleistung deutlich länger unter dem Vorkrisen-Wachstumspfad bleiben als in der Prognose unterstellt (IWF, 2020b; OECD, 2020). Führt die Pandemie zu persistenten Verhaltensänderungen, die strukturelle Anpassungen auslösen, so könnte es zudem zu einer temporären Reduktion des Potenzialwachstums kommen.

23. Käme es etwa durch Insolvenzen zu umfangreicheren Zahlungsausfällen bei Krediten, könnte dies zudem das Bankensystem belasten, und es könnten sich Risiken für die Finanzstabilität ergeben. Gleichzeitig dürfte es mit zunehmender Dauer der Krise für die Staaten schwieriger werden, die Krise durch staatliche Schuldenaufnahme und Stützungsmaßnahmen zu überbrücken. Insbesondere im Fall einer umfangreicheren zweiten Welle der Pandemie könnte es erneut zu einer pessimistischeren Risikobewertung an den Finanzmärkten kommen. Dies könnte sich nicht zuletzt negativ auf die **Finanzierungsbedingungen** für Unternehmen auswirken, deren Verschuldung bereits in den vergangenen Jahren zum Teil stark angestiegen ist (EZB, 2020d).
24. Der seit Jahresbeginn zu beobachtende starke Kapitalabfluss aus den Schwellenländern und die damit verbundene Abwertung ihrer Währungen (IWF, 2020b), setzen zahlreiche **Schwellenländer unter wirtschaftlichen Druck**. Hiervon sind insbesondere Rohstoffexporteure betroffen, die unter den gesunkenen Preisen für Rohöl und andere Rohstoffe leiden. Zudem breitet sich das Corona-Virus in vielen Schwellen- und Entwicklungsländern weiter aus. Ein längeres Andauern der Krise könnte die wirtschaftliche Stabilität dieser Länder gefährden.

Gleichzeitig könnte eine Verschärfung der wirtschaftlichen Krise in den Schwellenländern über eine fehlende Nachfrage nach Gütern sowie über die Finanzmärkte **negative Rückwirkungen auf die Erholung in der übrigen Welt** haben. Eine lokal starke Verbreitung des Virus dürfte zudem die wirtschaftlichen Beziehungen mit den betroffenen Volkswirtschaften beeinträchtigen und birgt das Risiko einer späteren Rückkehr des Virus in andere Regionen.

25. Zusätzlich bestehen weitere Risiken, deren Eintreten die durch die Pandemie geschwächten Volkswirtschaften empfindlich treffen würde. Hierzu zählt, neben geopolitischen Risiken, eine erneute **Verschärfung der Handelskonflikte** insbesondere zwischen den USA und China. Dazu könnte beitragen, dass angesichts des Wirtschaftseinbruchs und der politischen Auseinandersetzungen im Umfeld der Pandemie die Vereinbarungen aus dem vorläufigen Abkommen hinsichtlich der Importvolumina zwischen den beiden Staaten nur schwer zu erfüllen sein dürften. Das Funktionieren der globalen Wertschöpfungsketten ist von großer Bedeutung für die wirtschaftliche Erholung weltweit. Eine Abkehr der EU oder anderer Wirtschaftsräume von der globalen Arbeitsteilung durch **protektionistische Maßnahmen** würde dem entgegenstehen.
26. In Europa besteht weiterhin das **Risiko eines ungeordneten Ausscheidens des Vereinigten Königreichs** aus dem Europäischen Binnenmarkt zum Jahresende (SG 2020 Ziffer 87). Bei den Verhandlungen über ein Nachfolgeabkommen scheinen bislang keine substanziellen Fortschritte erzielt worden zu sein. Zugleich schließt die britische Regierung eine Verlängerung der Übergangsregelungen aus.

Im **Euro-Raum** stellt die wirtschaftliche Krise nicht zuletzt die bereits vor der Pandemie hochverschuldeten Mitgliedstaaten vor eine große Herausforderung. Gelingt es nicht, die wirtschaftlichen Folgen der Pandemie in Grenzen zu halten, besteht das Risiko, dass es erneut zu Zweifeln an der Zahlungsfähigkeit einzelner Mitgliedstaaten kommt. Sorgen um die Stabilität und Integrität der Währungsunion könnten die Entwicklung spürbar belasten.

27. **Chancen für eine bessere Entwicklung** bestehen dann, wenn die Pandemie schneller abklingt, als derzeit erwartet werden kann, etwa durch die baldige Entwicklung eines wirkungsvollen Impfstoffs. Eine verringerte Unsicherheit und die Möglichkeit der Wiederaufnahme bislang eingeschränkter Aktivitäten könnten deutliche Wachstumsimpulse auslösen. Weitere Chancen bestehen darin, dass die umfangreichen geld- und fiskalpolitischen Maßnahmen eine stärkere Wirkung entfalten als in der Prognose angenommen oder wenn politische Einigungen die Unsicherheit in anderen Konfliktfeldern verringern. Zudem könnten Haushalte, die bislang noch wenig von Einkommensverlusten betroffen waren und in den vergangenen Monaten angesichts der Unsicherheit und eingeschränkter Konsummöglichkeiten höhere Ersparnisse aufgebaut haben, diese schneller wieder abbauen und so den Konsum weiter stärken.

III. DEUTSCHE KONJUNKTUR

28. Durch den Ausbruch der Corona-Pandemie, insbesondere die dadurch ausgelösten Verhaltensänderungen und die national wie international ergriffenen Eindämmungsmaßnahmen, kam es **im Frühjahr** zu einem **massiven Einbruch der wirtschaftlichen Aktivität**. In der zweiten Märzhälfte dürfte die Wirtschaftsleistung um rund ein Sechstel gefallen sein (Deutsche Bundesbank, 2020a; ifo Institut, 2020a). Im zweiten Quartal 2020 dürfte das BIP in Deutschland saisonbereinigt um knapp 12 % niedriger liegen als im Schlussquartal des Jahres 2019. Zwar wurden inzwischen **viele Einschränkungen graduell wieder gelockert**, dennoch dürfte sich die Wirtschaftsleistung weiterhin deutlich unterhalb ihres Potenzials befinden. Neben fortbestehenden Einschränkungen sowie gesunkenen Erwerbs- und Vermögenseinkommen trägt hierzu nicht zuletzt die gestiegene Unsicherheit bei.

▾ TABELLE 2

Wirtschaftliche Eckdaten

	Einheit	2018	2019	2020 ¹	2021 ¹
Bruttoinlandsprodukt²	Wachstum in %	1,5	0,6	- 6,5	4,9
Konsumausgaben	Wachstum in %	1,3	1,9	- 3,3	3,9
Private Konsumausgaben ³	Wachstum in %	1,3	1,6	- 5,5	4,7
Konsumausgaben des Staates	Wachstum in %	1,4	2,7	2,6	2,0
Bruttoanlageinvestitionen	Wachstum in %	3,5	2,6	- 5,2	3,5
Ausrüstungsinvestitionen ⁴	Wachstum in %	4,4	0,6	- 19,3	8,1
Bauinvestitionen	Wachstum in %	2,5	3,8	1,8	1,5
Sonstige Anlagen	Wachstum in %	4,3	2,7	0,5	2,6
Inländische Verwendung	Wachstum in %	2,1	1,2	- 3,6	3,7
Außenbeitrag	Wachstumsbeitrag in Prozentpunkten	- 0,4	- 0,6	- 3,1	1,3
Exporte	Wachstum in %	2,1	1,0	- 14,5	8,5
Importe	Wachstum in %	3,6	2,5	- 8,9	5,9
Leistungsbilanzsaldo⁵	%	7,4	7,1	4,7	5,2
Erwerbstätige	Tausend	44 854	45 236	44 762	44 585
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte	Tausend	32 964	33 518	33 491	33 722
Registriert Arbeitslose	Tausend	2 340	2 267	2 719	2 700
Arbeitslosenquote⁶	%	5,2	5,0	6,1	6,1
Verbraucherpreise⁷	Wachstum in %	1,8	1,4	0,6	1,6
Finanzierungssaldo des Staates⁸	%	1,9	1,5	- 6,0	- 3,9
Bruttoinlandsprodukt je Einwohner^{9,10}	Wachstum in %	1,2	0,3	- 6,7	4,7
Bruttoinlandsprodukt, kalenderbereinigt¹⁰	Wachstum in %	1,5	0,6	- 6,9	4,9

1 – Prognose des Sachverständigenrates. 2 – Preisbereinigt. Veränderung zum Vorjahr. Gilt zudem für alle angegebenen Bestandteile des BIP. 3 – Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck. 4 – Einschließlich militärischer Waffensysteme. 5 – In Relation zum BIP. 6 – Registriert Arbeitslose in Relation zu allen zivilen Erwerbspersonen. 7 – Veränderung zum Vorjahr. 8 – Gebietskörperschaften und Sozialversicherung in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen; in Relation zum BIP. 9 – Bevölkerungsentwicklung gemäß Mittelfristprojektion des Sachverständigenrates. 10 – Preisbereinigt. Veränderung zum Vorjahr.

Quellen: BA, Statistisches Bundesamt, eigene Berechnungen

© Sachverständigenrat | 20-158

Bis zum Ende der Corona-Pandemie, etwa aufgrund eines wirksamen Impfstoffs, hängt die wirtschaftliche Erholung unter anderem davon ab, wie gut es mithilfe von **Smart Distancing** gelingen wird, möglichst viel wirtschaftliche Aktivität zuzulassen, ohne dabei eine zweite Ansteckungswelle oder erneute Einschränkungen zu riskieren (Abele-Brehm et al., 2020; Grimm et al., 2020). Positiv auf die Erholung dürften sich neben den automatischen Stabilisatoren, wie Arbeitslosenversicherung und Kurzarbeit, und den frühzeitig ergriffenen **Stützungsmaßnahmen** die Anfang Juni beschlossenen **fiskalischen Konjunkturimpulse** auswirken. Diese Maßnahmen dürften dazu beitragen, dass die Arbeitslosigkeit nicht noch stärker ansteigt.

29. Der Sachverständigenrat rechnet für das **Jahr 2020** in Deutschland mit einem **Rückgang des BIP um 6,5 % (kalenderbereinigt von 6,9 %)**. [↘ TABELLE 2](#) Damit stellen sich die wirtschaftlichen Aussichten schlechter dar, als in den Szenarien des Sondergutachtens unterstellt (SG 2020 Ziffern 54 ff.). Im Wesentlichen sind drei Gründe für die nun verschlechterten Aussichten zu nennen. Erstens deuten die mittlerweile veröffentlichten Indikatoren sowie die veröffentlichten BIP-Zahlen für das erste Quartal darauf hin, dass die wirtschaftliche Aktivität stärker eingebrochen ist, als es noch im März abzusehen war. Zweitens erfolgten die Lockerungen später und gradueller als etwa im Basisszenario des Sondergutachtens unterstellt, sodass im Sommer noch mit einer teilweisen oder vollständigen Einschränkung bestimmter Aktivitäten zu rechnen ist. Dauer und Wirkung der Einschränkungen lagen im Nachhinein somit näher an den Annahmen des Risikoszenarios. Drittens stellt sich das außenwirtschaftliche Umfeld deutlich negativer dar als im März angenommen, was die Exportaussichten der Unternehmen belastet. [↘ ZIFFER 8](#) Für das **kommende Jahr** erwartet der Sachverständigenrat ein **Wachstum von 4,9 %** (ohne nennenswerte Kalendereffekte). Eine Rückkehr auf das **Niveau des BIP vor der Pandemie ist nicht vor dem Jahr 2022** zu erwarten.

1. Historischer Einbruch der Wirtschaftsleistung

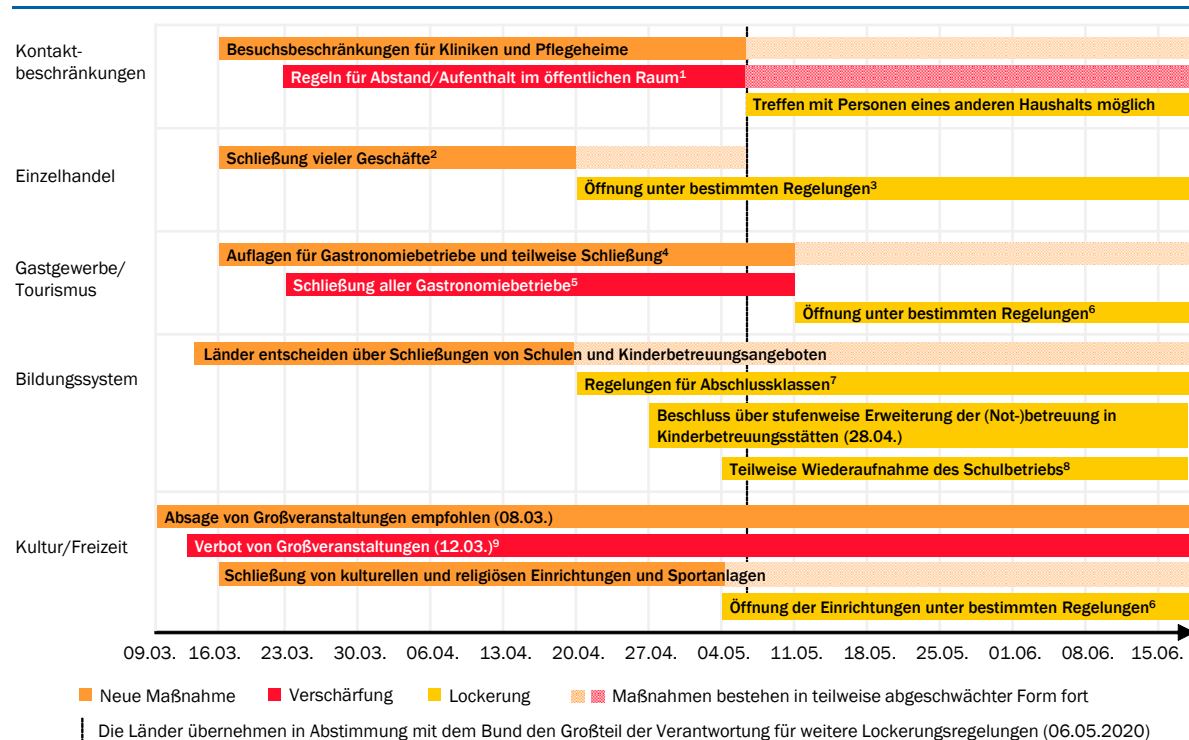
30. Die **Anzahl der Neuinfektionen** mit dem Corona-Virus ist in Deutschland seit Mitte März **stark gefallen**, zugleich steigt die Anzahl der Genesenen. Laut den Daten des Robert-Koch-Instituts (RKI) wurden zuletzt einige hundert neue Fälle pro Tag gemeldet. Dabei gibt es regionale Unterschiede. So wurden vom 11. bis zum 17. Juni in 145 Kreisen keine neuen Fälle registriert, während es andernorts zu **vereinzeltten, lokal begrenzten Ausbrüchen** mit einer größeren Anzahl von Fällen kam, etwa bei religiösen Veranstaltungen und privaten Feiern, in Pflegeeinrichtungen, Fleischverarbeitungsbetrieben oder Logistikzentren (RKI, 2020).
31. Die ab Mitte März **von Bund und Ländern beschlossenen Maßnahmen gegen die Verbreitung des Corona-Virus** hatten weitreichende Konsequenzen für die wirtschaftliche Aktivität. Viele Wirtschaftsbereiche mussten ihre Tätigkeit ganz einstellen oder konnten diese nur eingeschränkt fortführen. Besonders betroffen von den Schließungen waren der stationäre Einzelhandel (mit Ausnahmen etwa für den Handel von Lebensmitteln) und konsumnahe Dienst-

leistungsbereiche wie die Gastronomie, Kultur- und Freizeiteinrichtungen sowie Reiseveranstalter. Ebenfalls von den Schließungen betroffen waren sämtliche Bildungseinrichtungen wie Schulen und Kindertagesstätten.

32. Seit Mitte April werden die **Eindämmungsmaßnahmen schrittweise gelockert**. [ABBILDUNG 7](#) Über die Einzelheiten und das Tempo der Lockerungen entscheiden die Länder weitgehend in eigener Verantwortung. Dabei sind die Öffnungen von Einrichtungen teils an strenge Auflagen gebunden, welche die wirtschaftliche und gesellschaftliche Aktivität weiterhin stark beeinträchtigen. So gelten für den **Einzelhandel**, die **Gastronomie** und andere **konsumnahe Dienstleistungsbereiche** weiterhin Abstands- und Hygieneregeln. **Hotels, Ferienwohnungen und Ferienhäuser** werden seit Ende Mai im Hinblick auf die bevorstehende Urlaubssaison schrittweise wieder für touristische Zwecke geöffnet, allerdings mit Einschränkungen. Die Länder entscheiden hier über den zulässigen Grad der Auslastung und die einzuhaltenden Hygieneverordnungen.

▸ ABBILDUNG 7

Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie: Vereinbarungen zwischen Bund und Ländern

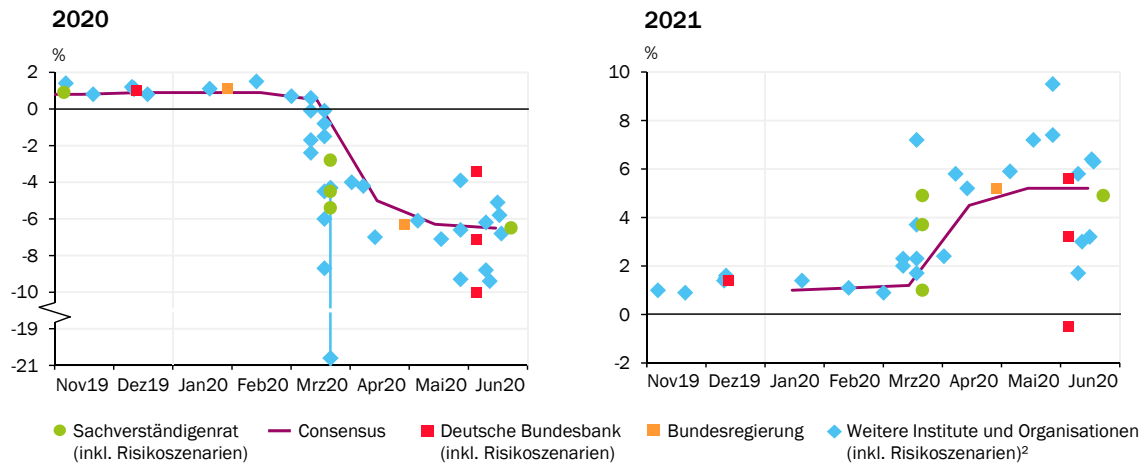


1 – Mindestabstand von 1,5 Metern. Der Aufenthalt im öffentlichen Raum ist nur alleine, mit einer weiteren nicht im Haushalt lebenden Person oder im Kreis der Angehörigen des eigenen Hausstands gestattet. Aufforderung, im Privaten Kontakte zu anderen Menschen außerhalb des eigenen Hausstands auf ein Minimum zu reduzieren. 2 – Nicht geschlossen wird der systemrelevante Einzelhandel. Dienstleister und Handwerker können ihrer Tätigkeit weiterhin nachgehen. Dienstleister, bei deren Tätigkeit eine körperliche Nähe notwendig ist, werden am 22.03. geschlossen. 3 – Öffnung von Geschäften mit weniger als 800 m² Verkaufsfläche und Kfz-Händlern, Fahrradhändlern und Buchhandlungen (ab 06.05. Öffnung aller Geschäfte). 4 – Schließung von Bars, Clubs, Diskotheken, Kneipen und ähnlichen Einrichtungen. Mensen, Restaurants, Speisegaststätten und Hotels können unter Auflagen geöffnet bleiben. Keine Übernachtungen mehr zu touristischen Zwecken. 5 – Nur Lieferung und Abholung mitnahmefähiger Speisen für den Verzehr zu Hause gestattet. 6 – Sukzessive Öffnung auf Grundlage von Hygiene- und Abstandskonzepten (beispielsweise Tragen eines Mund-/Nasenschutzes; reduzierte Anzahl von Kunden/Gästen) und abhängig vom Infektionsgeschehen. 7 – Prüfungen und Prüfungsvorbereitungen der Abschlussklassen des laufenden Schuljahrs sollten nach entsprechenden Vorbereitungen wieder stattfinden können. 8 – Unter der Voraussetzung, dass sich das Infektionsgeschehen nicht verschlechtert, streben die Länder an, spätestens nach den Sommerferien (mit Schutz- und Hygienekonzepten) in den schulischen Regelbetrieb zurückzukehren. 9 – Großveranstaltungen, bei denen Kontaktverfolgung und Einhaltung von Hygieneregeln nicht möglich sind, bleiben mindestens bis Ende Oktober 2020 untersagt.

Quellen: Vereinbarungen zwischen Bundesregierung und Bundesländern, Beschlüsse der Landesregierungen, Kultusministerkonferenz, eigene Darstellung

▾ **ABBILDUNG 8**

BIP-Wachstum in Deutschland: Prognosen und Szenarienrechnungen zu verschiedenen Prognosezeitpunkten¹



1 – Auf den x-Achsen sind die Zeitpunkte der Veröffentlichungen der jeweiligen Prognosen und Szenarien abgetragen. 2 – Die 18 Szenarien des ifo Instituts vom 22.03.2020 für das Jahr 2020 werden als Bandbreite dargestellt.

© Sachverständigenrat | 20-050

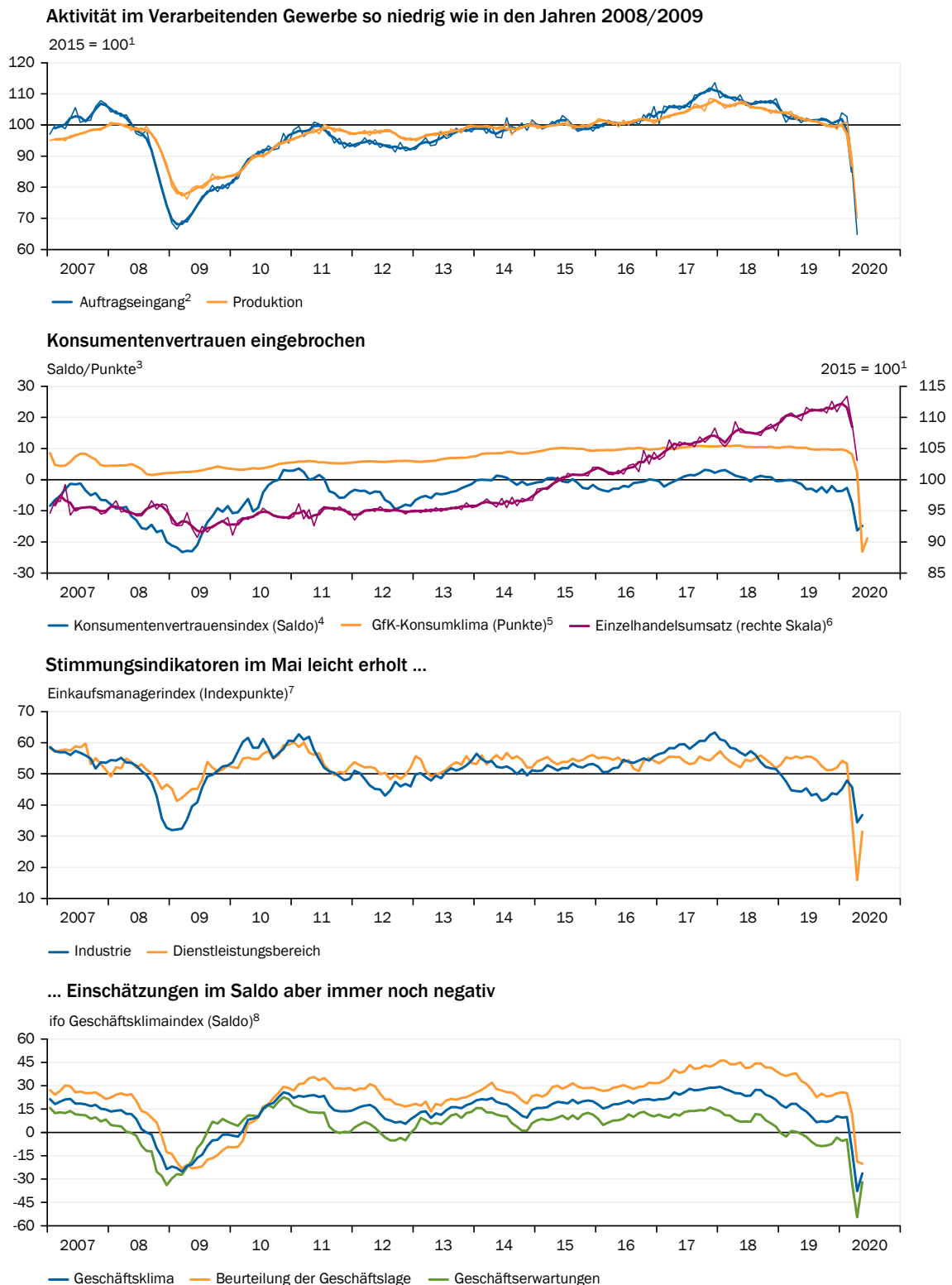
Weiterhin starke Einschränkungen gibt es an **Schulen** und in **Kindergärten**. Auf der Bund-Länder-Besprechung Mitte Juni wurde aber eine Rückkehr zum Normalbetrieb (unter Hygieneauflagen) an Kinderbetreuungsstätten zeitnah und an Schulen spätestens zum Ende der Sommerferien angekündigt, sollte sich die Anzahl der Neuinfektionen nicht wieder verschlechtern.

33. Mit Fortbestehen der Einschränkungen und angesichts der weltweiten Ausbreitung des Corona-Virus verschlechterten sich die Aussichten für die deutsche Volkswirtschaft in den vergangenen Wochen und Monaten. Dies spiegelt sich in den erheblichen **Abwärtsrevisionen der Wachstumsprognosen** und Szenarienrechnungen unterschiedlicher Institutionen **seit Anfang März** wider. [▾ ABBILDUNG 8 LINKS](#) Zuletzt haben sich die meisten Prognosen für das laufende Jahr bei etwa **-7 %** eingependelt. Die **Spannweite** insbesondere für das kommende Jahr ist allerdings **sehr groß**. [▾ ABBILDUNG 8 RECHTS](#) Zwar sind mittlerweile mehr Informationen über das Ausmaß des wirtschaftlichen Einbruchs im Frühjahr 2020 verfügbar. Wie schnell und wie stark danach eine Erholung einsetzt, ist aber weiterhin schwer abzuschätzen. [▾ ZIFFER 47](#)
34. Im **ersten Quartal** 2020 ging das BIP um 2,2 % zurück. Es handelt sich damit um den **stärksten Einbruch seit der Finanzkrise 2008/2009**. Im Sondergutachten war der Sachverständigenrat noch von einem Wachstum in Höhe von **-1,5 %** im Basis- und **-2,0 %** im Risikoszenario ausgegangen.

Verwendungsseitig ging der Rückgang auf den privaten Verbrauch, die Ausrüstungsinvestitionen sowie den Außenhandel zurück. Beim **privaten Verbrauch**, der gegenüber dem Vorquartal um 3,2 % sank, dürften sich vor allem die Einschränkungen seit Mitte März bemerkbar gemacht haben. Besonders stark war der **Rückgang bei den Ausrüstungsinvestitionen**, die um 6,9 % fielen. Ausgeweitet wurden dagegen die Bauinvestitionen, die begünstigt durch den milden Winter im ersten Quartal um 4,1 % anstiegen. Stark rückläufig waren die Ausfuhren von Waren und Dienstleistungen, die um 3,1 % sanken.

ABBILDUNG 9

Ausgewählte Indikatoren zur konjunkturellen Entwicklung



1 - Dünne Linie: Monatswerte; dicke Linie: gleitende 3-Monatsdurchschnitte. Saison- und kalenderbereinigte Werte. 2 - Volumenindex. 3 - Saisonbereinigte Werte. 4 - Der Konsumentenvertrauensindex basiert auf ausgewählten Fragen, die an die Verbraucher gemäß dem Gemeinsamen Harmonisierten EU-Programm für Konjunkturumfragen bei Unternehmern und Verbrauchern gestellt werden. 5 - Basierend auf monatlich rund 2 000 Verbraucherinterviews. 6 - Realer Index ohne Handel mit Kraftfahrzeugen. 7 - Der Einkaufsmanagerindex basiert auf einer monatlichen Umfrage unter Einkaufsleitern und Geschäftsführern. 8 - Verarbeitendes Gewerbe, Dienstleistungssektor, Handel und Bauhauptgewerbe.

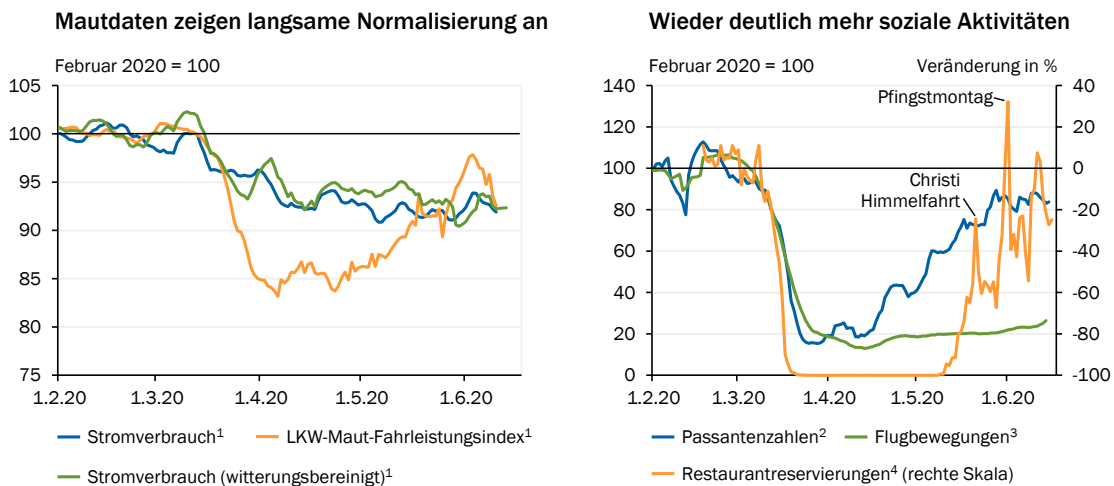
Quellen: Europäische Kommission, GfK, ifo, IHS Markit, Statistisches Bundesamt, eigene Berechnungen

Da die Einfuhren mit einer Veränderungsrate von $-1,6\%$ weniger stark sanken, ergab sich ein negativer Wachstumsbeitrag des Außenhandels. Positive Wachstumsbeiträge lieferten der Staatskonsum sowie die Vorratsveränderungen.

35. Die Auswirkungen des Corona-Schocks auf die deutsche Volkswirtschaft sind deutlich sichtbar. So ging die **Industrieproduktion** zwischen Februar und April um fast 30% zurück. [↘ ABBILDUNG 9 OBEN](#) Beim **Auftragseingang** und bei den Ausfuhren waren **Rückgänge** in ähnlicher Größenordnung zu verzeichnen. Besonders betroffen ist die Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen (Fries et al., 2020a). Dort kam es im April zu einem Rückgang der Produktion um rund 83% gegenüber Februar.
36. Zugleich zeigen sich die massiven Auswirkungen auf den Dienstleistungsbereich. So brach die **Stimmung bei Verbraucherinnen und Verbrauchern** im März und im April ein, ehe sie sich im Mai **auf niedrigem Niveau stabilisierte**. [↘ ABBILDUNG 9 MITTE OBEN](#) Neben den behördlich angeordneten Schließungen vieler Geschäfte dürfte die erhöhte Unsicherheit, etwa in Bezug auf die Ansteckungsgefahr, die zukünftigen Einkommen oder das Risiko der Arbeitslosigkeit, den Konsum stark belasten. Zwischen Februar und April sanken die Umsätze im **Einzelhandel** (ohne Handel mit Kraftfahrzeugen) um rund 9% , wobei der Rückgang geringer ausfiel als in anderen Ländern. [↘ ZIFFER 11](#) Dabei gab es große Unterschiede zwischen den einzelnen Bereichen. Während beim Internet- und Versandhandel oder beim Handel mit Lebensmitteln, Getränken und Tabakwaren im April Zuwächse zu verzeichnen waren, kam es in Teilen des stationären Einzelhandels zu historisch beispiellosen Rückgängen. Gleiches gilt für das **Gastgewerbe**, wo der Umsatz allein im März um fast die Hälfte sank.
37. Die **Geschäftserwartungen** der Unternehmen hellten sich im Mai zwar wieder etwas auf, allerdings sind sie **im Saldo** weiterhin **negativ**. [↘ ABBILDUNG 9 UNTEN](#) Ähnliches gilt für den Einkaufsmanagerindex, der sich **von** seinen historischen **Tiefständen** zuletzt **wieder etwas erholt** hat, dabei jedoch weiterhin unterhalb der Expansionsschwelle von 50 Punkten liegt. [↘ ABBILDUNG 9 MITTE UNTEN](#)
38. Für das zweite Quartal deuten die verfügbaren **Kurzfristindikatoren** auf einen Rückgang der Wirtschaftsleistung um etwa 10% hin. [↘ KASTEN 1](#) Verantwortlich hierfür ist vor allem der Einbruch der wirtschaftlichen Aktivität zwischen Mitte März und Anfang Mai. Seither sind mittlerweile viele Beschränkungen wieder teilweise gelockert worden. In wirtschaftlich besonders betroffenen Industrien, wie dem Fahrzeugbau, wird die Produktion seit Mai wieder langsam hochgefahren. Echtzeitdaten deuten ebenfalls auf eine allmähliche Erholung hin. Der Stromverbrauch zeigt zumindest eine Bodenbildung an, während der LKW-Maut-Fahrleistungsindex seit Mitte/Ende April wieder deutlich angestiegen ist. [↘ ABBILDUNG 10 LINKS](#) Indikatoren für den Dienstleistungsbereich, wie das Mobilitätsaufkommen zu Fuß oder Restaurantreservierungen, zeigen ebenfalls eine **allmähliche Normalisierung** an. [↘ ABBILDUNG 10 RECHTS](#) Dennoch dürfte die wirtschaftliche Aktivität im Juni weiterhin unterhalb des Niveaus vor der Pandemie liegen. In einigen Bereichen wie etwa der Luftfahrt liegt die wirtschaftliche Aktivität weiterhin bei einem Bruchteil des Normalniveaus. Eine langsame Belebung dürfte dort erst in den Sommermonaten einsetzen.

ABBILDUNG 10

Echtzeitindikatoren in Deutschland während der Corona-Pandemie



1 – Saison- und kalenderbereinigt. Gleitender 7-Tagesdurchschnitt. 2 – Ursprungsdaten. Gleitender 7-Tagesdurchschnitt aus dem Mittelwert für Deutschland aus Berlin, Dortmund, Düsseldorf, Frankfurt a.M., Hamburg, Hannover, München, Stuttgart, Wiesbaden. 3 – Gleitender 7-Tagesdurchschnitt der An- und Abflüge in Frankfurt. Nur Flüge, zu denen es Flugspuren im System des Deutschen Fluglärmdienstes gibt. 4 – Veränderung im Vergleich zum gleichen Wochentag der gleichen Kalenderwoche des Vorjahres.

Quellen: Bundesamt für Güterverkehr, Deutsche Bundesbank, Deutscher Fluglärmdienst e.V., ENTSO-E, Hystreet, OpenTable Datacenter, Statistisches Bundesamt, eigene Berechnungen

© Sachverständigenrat | 20-207

KASTEN 1

Nowcasting des BIP in der Corona-Krise

Infolge der Corona-Pandemie ist mit einem historischen Einbruch der Wirtschaftsleistung im ersten Halbjahr 2020 zu rechnen. Nach ersten Zahlen des Statistischen Bundesamts ging das deutsche BIP im ersten Quartal um 2,2 % zurück. Für das zweite Quartal beziffern einige Schätzungen den Rückgang auf mehr als 10 % (Boysen-Hogrefe et al., 2020a; ifo Institut, 2020a; Michelsen et al., 2020). Zum Vergleich: der bislang stärkste Quartalsrückgang seit dem Jahr 1970, dem Beginn der vierteljährlichen Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen, betrug 4,7 %. Um diesen Betrag sank das BIP zwischen dem vierten Quartal 2008 und dem ersten Quartal 2009. Prognosen sind immer mit Unsicherheit verbunden, dies gilt jedoch in besonderem Maß während der Corona-Krise. Es ergeben sich vor allem zwei Herausforderungen für die Kurzfristprognose.

Erstens sind viele wichtige Indikatoren nicht bis zum aktuellen Rand verfügbar. Dies gilt insbesondere für die Industrieproduktion, deren Monatswerte erst gut fünf Wochen nach Ablauf des jeweiligen Berichtsmonats veröffentlicht werden und somit derzeit nur bis April vorliegen. Inwiefern sich der Abschwung in der Industrie im Mai nochmals verstärkt hat, oder ob bereits eine Erholung eingesetzt hat, ist daher ungewiss. Ähnliches gilt für die Umsätze im Handel oder im Gastgewerbe. Arbeitsmarktindikatoren und Umfragedaten sind dagegen etwas früher verfügbar und zeigen die aktuelle Entwicklung spätestens zum Monatsende an. Zunehmend sind Echtzeitdaten der wirtschaftlichen Aktivität verfügbar, wie etwa der vom Statistischen Bundesamt in Zusammenarbeit mit dem Bundesamt für Güterverkehr erhobene LKW-Maut-Fahrleistungsindex (Cox et al., 2018). Dieser wird seit diesem Frühjahr mit wenigen Tagen Verzögerung veröffentlicht (Statistisches Bundesamt, 2020b). Andere Daten etwa zum Stromverbrauch, die von der Bundesnetzagentur (2020) veröffentlicht werden, liegen praktisch sofort vor. Weitere Echtzeitindikatoren umfassen Internetsuchanfragen, etwa nach dem Begriff „Kurzarbeit“, oder Flugbewegungen. Zwar ist der Erklärungsgehalt für das BIP-Wachstum, zumindest im Vergleich zu den Industriedaten, die gewöhnlich für das BIP-Nowcasting genutzt werden (JG 2019 Kasten 3), meist deutlich geringer. [ABBILDUNG 11 LINKS](#) Allerdings bieten sie frühzeitige

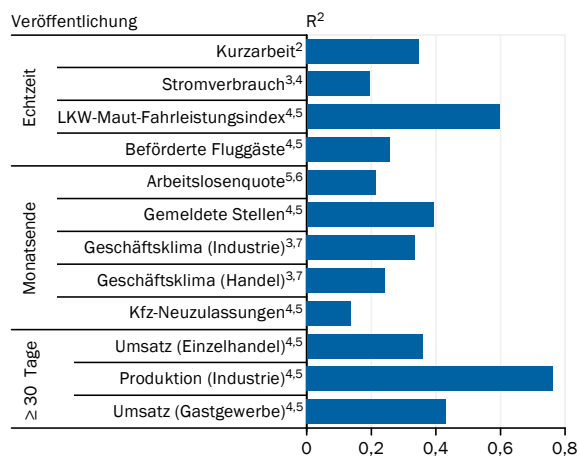
Anhaltspunkte für die derzeitige gesamtwirtschaftliche Aktivität oder können herangezogen werden, um fehlende Monatswerte anderer Indikatoren, wie etwa der Industrieproduktion, zu ergänzen.

Zweitens stellt sich die Frage, **wie verlässlich die gängigen Nowcast-Modelle zurzeit sind** (BMW, 2020). Ein recht einfaches Prognosemodell basiert auf dem historischen Zusammenhang zwischen den Veränderungen des BIP und der Industrieproduktion. Obgleich die Industrie nur rund ein Viertel der gesamten Bruttowertschöpfung ausmacht, weist sie gewöhnlich eine hohe Prognosegüte für das BIP-Wachstum auf. Neben der hohen Prozyklizität der Industrieproduktion spielt hier eine Rolle, dass die Binnenwirtschaft normalerweise weit weniger volatil und konjunktur reagibel ist. So gingen Produktion oder Auftragseingang in der Industrie im Verlauf von Rezessionen zumeist stark zurück, während große Teile des Einzelhandels recht robust geblieben sind (JG 2019 Ziffern 89 f.). Dies ist bei der **Corona-Krise** jedoch nicht der Fall. So sank der Umsatz im Gastgewerbe im März vor dem Hintergrund der seit Mitte des Monats bestehenden Einschränkungen um fast die Hälfte. Im April dürfte die Aktivität nochmals stark gesunken sein. Im Einzelhandel gab es **Umsatzrückgänge von teilweise deutlich über 50 %**. Solche Einbrüche sind seit Beginn der Zeitreihen im Jahr 1994 beispiellos (Statistisches Bundesamt, 2020c, 2020d). Modelle basierend auf früheren empirischen Zusammenhängen könnten daher das Ausmaß des derzeitigen Wirtschaftseinbruchs falsch einschätzen.

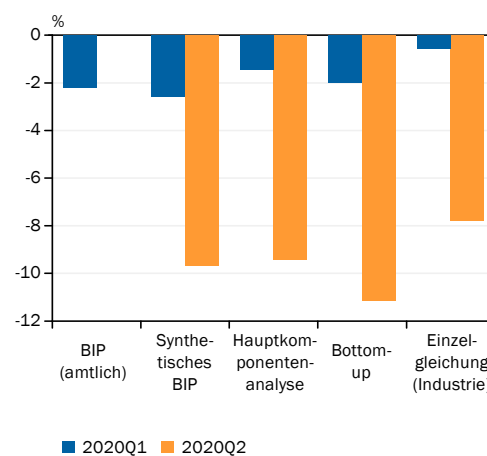
↘ **ABBILDUNG 11**

Echtzeitindikatoren und BIP-Nowcasting

Viele Indikatoren mit hohem Erklärungsgehalt für das BIP-Wachstum spät verfügbar¹



Nowcastmodelle zeigen Rückgang von bis zu 11 % in Q2 an⁸



1 – BIP-Wachstum regressiert auf Konstante, verzögertes BIP-Wachstum sowie Indikator (kontemporär). Schätzzeitraum: 2005Q1–2020Q1. Bestimmtheitsmaß (R²). 2 – Google-Suchanfrage nach „Kurzarbeit“. 3 – Saisonbereinigt. 4 – Veränderung zum Vorquartal in %. 5 – Saison- und kalenderbereinigt. 6 – Veränderung zum Vorquartal in Prozentpunkten. 7 – Veränderung zum Vorquartal (Saldopunkte). 8 – Schätzung des vierteljährlichen BIP-Wachstums. Synthetisches BIP: Indikatoren standardisiert, gewichtet und an Mittelwert sowie Standardabweichung des BIP-Wachstums angepasst. Hauptkomponentenanalyse: Prognose basierend auf dem ersten Faktor der Indikatoren. Bottom-up: Prognosen für Industrie, Dienstleistungen und sonstige Bereiche aggregiert anhand der jeweiligen Anteile an der Bruttowertschöpfung. Einzelgleichung (Industrie): Prognose basierend auf dem Wachstum der Industrieproduktion.

Quellen: Deutsche Bundesbank, DFS, ENTSO-E, Eurostat, Google, ifo, SMARD, Statistisches Bundesamt, eigene Berechnungen

© Sachverständigenrat | 20-200

Der Sachverständigenrat nutzt in dieser Prognose daher **verschiedene Modelle** basierend auf zwölf Indikatoren. ↘ **ABBILDUNG 11** Ziel ist es, die Auswirkungen des Corona-Schocks auf die Gesamtwirtschaft adäquat abzubilden. Fehlende Monatswerte werden anhand von anderen Informationen, etwa Mobilitätsdaten als Indikator für die Entwicklung im Einzelhandel, ermittelt. Zeitreihen, die einen Wachstumstrend aufweisen, wie etwa Umsatz- oder Produktionsindizes, werden in Wachstumsraten ausgedrückt. Eine Möglichkeit des Nowcast liegt darin, eine Art synthetisches BIP zu erstellen. Dazu werden die Zeitreihen der Indikatoren mittelwertbereinigt und ihre Varianz auf eins normiert. Das synthetische BIP-Wachstum ist dann der gewichtete Mittelwert der normierten Zeitreihen, wobei die so ermittelte Reihe schließlich an den Mittelwert und die Varianz der BIP-Wachstumsreihe angepasst wird. Die **Gewichtung der Indikatoren** kann anhand der Korrelation mit dem BIP-Wachstum oder

aufgrund anderer Erwägungen erfolgen. Alternativ können die Gewichte basierend auf einer Hauptkomponentenanalyse bestimmt werden. Ein weiteres Modell schätzt das BIP mittels eines einfachen Bottom-up-Ansatzes. Dabei wird die Bruttowertschöpfung im Produzierenden Gewerbe, im Dienstleistungsbereich sowie in den sonstigen Bereichen unter Zuhilfenahme der verschiedenen Indikatoren einzeln prognostiziert. Die Prognosen werden dann mit den Anteilen der Bereiche an der gesamten Bruttowertschöpfung gewichtet und zu einem Nowcast des BIP aggregiert.

Die so ermittelten Prognosen erweisen sich in der ex post-Betrachtung als recht genau, wobei die Echtzeitproblematik oder fehlende Monatswerte hier nicht berücksichtigt sind. Das Bestimmtheitsmaß für das BIP-Wachstum – unter Einschluss der verzögerten BIP-Wachstumsrate – liegt bei über 0,8. Im Gegensatz zum einfachen Prognosemodell, das auf der Industrieproduktion beruht, sind die verwendeten Modelle in der Lage, das Ausmaß des Rückgangs im ersten Quartal abzubilden. [↘ ABBILDUNG 11 RECHTS](#) Für das **zweite Quartal** legen die Modelle einen **Rückgang des BIP in der Größenordnung von bis zu 11 %** nahe. Dieser fiel damit nochmals etwas stärker aus als derjenige, der im Risikoszenario „ausgeprägtes V“ des Sondergutachtens vom März unterstellt wurde (SG 2020 Ziffer 62). Der von der Deutschen Bundesbank (2020b) ermittelte wöchentliche Aktivitätsindex, der ebenfalls auf einer Vielzahl an Echtzeitindikatoren beruht, zeigte zuletzt (15. Juni) einen Rückgang des BIP in Höhe von 7,8 % während der vergangenen 13 Wochen an.

2. Erholung nach dem konjunkturellen Einbruch

39. Die gute Ausgangslage am Arbeitsmarkt vor der Corona-Pandemie (SG 2020 Ziffern 111 ff.) sowie die Möglichkeit der Kurzarbeit haben den deutschen **Arbeitsmarkt** gestützt. Der langjährige Aufwärtstrend in der Beschäftigung kam aber zu einem jähen Ende. Im April 2020 waren rund 218 000 Personen weniger erwerbstätig als im Vorjahresmonat. Nochmals stärker dürfte die Veränderung des Arbeitsvolumens gewesen sein. Das ifo Institut (2020b) schätzt auf Basis seiner Unternehmensbefragung, dass sich im Mai 2020 **jeder fünfte** sozialversicherungspflichtige Beschäftigte (7,3 Millionen Personen) **in Kurzarbeit** befunden haben könnte. Im Mai stieg die Arbeitslosenquote im Vergleich zum Vorjahresmonat um 1,2 Prozentpunkte auf nunmehr 6,1 %. Im Vergleich zum Vorjahresmonat waren rund 577 000 Personen zusätzlich arbeitslos gemeldet.
40. Bis Ende des Jahres ist nicht mit einer Erholung am Arbeitsmarkt zu rechnen. Die Frühindikatoren des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) und des ifo Instituts deuten an, dass der gesamtwirtschaftliche **Personalbedarf** in den nächsten Monaten weiter **rückläufig** sein wird. Nicht zuletzt die Entwicklung von Betriebsstillegungen in den kommenden Monaten wird maßgeblich dafür sein, in welchem Umfang die derzeitige Kurzarbeit in Arbeitslosigkeit mündet. Zwar wurden die Verpflichtungen zur Insolvenzanmeldung temporär gelockert, was das Insolvenzgeschehen kurzfristig bremsen dürfte. Unternehmen könnten den Wirtschaftseinbruch aber vermehrt für Restrukturierungen nutzen und etwa ein Insolvenzverfahren in Eigenverwaltung durchführen.

Das **Arbeitsvolumen** und die **Erwerbstätigkeit** dürften im laufenden Jahr **deutlich zurückgehen**. [↘ TABELLE 6 ANHANG](#) Aufgrund des negativen statistischen Überhangs ist mit einer auf Jahressicht sinkenden Erwerbstätigkeit im kom-

menden Jahr zu rechnen, obwohl diese im Quartalsverlauf wieder leicht ansteigen dürfte. Da das BIP im Jahr 2020 stärker fällt als das Arbeitsvolumen, kommt es zu einem deutlichen Rückgang der Arbeitsproduktivität (Stundenkonzept). Im Jahr 2021 dürfte sich diese wieder erholen, aber insgesamt weiterhin unter dem Niveau vor der Pandemie liegen. [↘ TABELLE 8 ANHANG](#)

41. Von den wirtschaftlichen Folgen der Corona-Pandemie gehen erhebliche **Belastungen für die öffentlichen Haushalte** aus. So werden sich die öffentlichen **Einnahmen** aufgrund des wirtschaftlichen Einbruchs **im Jahr 2020 drastisch verringern**. Darüber hinaus entstehen weitere Mindereinnahmen durch die steuerpolitischen Maßnahmen, die angesichts der Corona-Pandemie ergriffen wurden. Im Jahr **2021** ist aufgrund der erwarteten konjunkturellen Erholung grundsätzlich mit einer **günstigeren Einnahmeentwicklung** zu rechnen. Demgegenüber stehen Einnahmeausfälle aufgrund diskretionärer steuerpolitischer Maßnahmen wie beispielsweise der Teilabschaffung des Solidaritätszuschlags.
42. **Substanzielle Mehrausgaben im Jahr 2020** entstehen aufgrund staatlicher Stützungsmaßnahmen in Form von Transferleistungen an Unternehmen und private Haushalte. Hierzu zählen unter anderem die Direkthilfen für Unternehmen, Selbständige und Freiberufler sowie ein erleichterter Zugang zum Kurzarbeitergeld. Neben diesen direkten Hilfsleistungen wurden umfangreiche Mittel für Kredite, Kreditgarantien sowie Unternehmensbeteiligungen eingeplant. Beispielsweise wurden im Rahmen der Corona-Hilfsprogramme bis zum 31. Mai 2020 Kredite in Höhe von rund 28 Mrd Euro durch die KfW zugesagt (KfW, 2020). Diese Kredite erhöhen zunächst jedoch lediglich die auszuweisende öffentliche Verschuldung, ohne eine Wirkung auf den Finanzierungssaldo zu haben. Letzteres würde auftreten, wenn Forderungen beispielsweise im Zuge von Insolvenzen ausfallen sollten. Insgesamt hat der im März durch die Bundesregierung verabschiedete **Nachtragshaushalt** für das Jahr 2020 ein Volumen von 156 Mrd Euro und sieht Mehrausgaben in Höhe von 122,5 Mrd Euro vor.
43. Zudem hat die Regierungskoalition Anfang Juni 2020 die Eckpunkte eines **Konjunktur- und Krisenbewältigungspakets** beschlossen, das zusätzliche Ausgaben und steuerliche Maßnahmen insbesondere für die Jahre 2020 und 2021 vorsieht. Das Paket umfasst unter anderem eine Ausweitung der direkten Hilfen an kleine und mittelständische Unternehmen sowie steuerliche Liquiditätshilfen für Unternehmen etwa durch die Ausweitung des steuerlichen Verlustrücktrags und der degressiven Abschreibungen. Darüber hinaus ist eine auf das zweite Halbjahr begrenzte temporäre Absenkung des regulären sowie ermäßigten Umsatzsteuersatzes vorgesehen. Weitere Maßnahmen sehen unter anderem einen Kinderbonus und umfangreiche Investitions- und Förderprogramme in den Bereichen Mobilität, Digitalisierung, Klimaschutz sowie Gesundheit vor. Zur Unterstützung der Kommunen tragen der Bund und die jeweiligen Länder zudem je zur Hälfte die erwarteten Gewerbesteuer ausfälle im Jahr 2020.

Die von dem Konjunktur- und Krisenbewältigungspaket zu erwartenden Belastungen der öffentlichen Haushalte sollten sich mehrheitlich auf das Jahr 2020 konzentrieren. [↘ TABELLE 3](#) Das im Ergebnis des Koalitionsausschusses veran-

TABELLE 3

Veranschlagter Finanzierungsbedarf ausgewählter Maßnahmen des Konjunkturpakets¹

Maßnahme	Veranschlagter Finanzierungsbedarf in Mrd Euro			
	2020		2021	
	Bund	Länder/ Kommunen	Bund	Länder/ Kommunen
Absenkung der Umsatzsteuer ²	12,85	0,12	3,50	3,13
Stabilisierung der Sozialversicherungsbeiträge bei maximal 40 % ³	5,30			
Stabilisierung der EEG-Umlage ⁴			7,33	
Verschiebung der Einfuhrumsatzsteuerfälligkeit ²			2,51	2,24
Ausweitung steuerlicher Verlustrücktrag ²	1,96	2,17	-0,84	-0,96
Erhöhte degressive Abschreibung ²	0,06	0,13	0,83	1,81
Vorziehen geplanter öffentlicher Investitionen		10,00		
Unterstützung Kulturbereich	1,00			
Kompensation Gewerbesteuerausfall	5,90	5,90		
Ausbau von Kindertagesstätten und Ganztagschulen		3,00		
Unterstützung Unternehmen des ÖPNV	2,50			
Einmaliger Kinderbonus ²	2,33	3,15	-0,39	-0,52
Ausgaben für die Digitalisierung ⁵	11,21		3,91	
Ausgaben für den Klimaschutz ⁶	12,34		7,34	
Ausgaben für den Gesundheitssektor ⁷	4,75		3,00	

1 – Gemäß dem Beschluss des Koalitionsausschusses vom 3. Juni 2020 und des Gesetzentwurfs der Bundesregierung für das 2. Corona-Steuerhilfegesetz vom 17. Juni 2020. Aufteilung des veranschlagten Gesamtbedarfs für die Jahre 2020 und 2021 durch den Sachverständigenrat sofern keine Informationen zur zeitlichen Aufteilung vorgegeben wurden. Keine Berücksichtigung von Maßnahmen, bei denen es sich lediglich um Verschiebungen zwischen den Gebietskörperschaften handelt. 2 – Aufteilung des Gesamtbedarfs auf Grundlage des Gesetzentwurfs der Bundesregierung für das 2. Corona-Steuerhilfegesetz vom 17. Juni 2020. 3 – Finanzbedarf im Jahr 2021 insbesondere abhängig von dem Bedarf an Bundeszuschüssen an die Sozialversicherungen. 4 – Aufteilung des Gesamtbedarfs auf Grundlage von Wagner et al. (2020). 5 – Umfasst die Maßnahmen 35h und 40-49 des Eckpunktepapiers zum Konjunkturpaket. 6 – Umfasst die Maßnahmen 34-35g und 35i-39 des Eckpunktepapiers zum Konjunkturpaket. 7 – Umfasst die Maßnahmen 50-54 des Eckpunktepapiers zum Konjunkturpaket.

Quellen: Bundesregierung, eigene Berechnungen

© Sachverständigenrat | 20-227

schlagte Finanzvolumen ist jedoch **nicht gleichzusetzen mit dem Fiskalimpuls**, der von diesen Maßnahmen ausgehen dürfte. Dies liegt unter anderem daran, dass beispielsweise die Finanzierung der Überbrückungshilfen durch ungenutzte Mittel des ersten Nachtragshaushaltes erfolgen soll. Darüber hinaus sind Maßnahmen vorgesehen, die zu einer Verschiebung zwischen den Ebenen der Gebietskörperschaften führen. So stehen den Mehrbelastungen für den Bund durch die dauerhafte Ausweitung des Anteils an den Kosten der Unterkunft und Heizung eine Entlastung der Kommunen in demselben Umfang gegenüber. Nicht zuletzt ist beim Vorziehen geplanter Investitionen unklar, in welchem Umfang diese tatsächlich zeitnah realisiert werden können. Schätzungen verschiedener Institutionen, unter anderem der Deutschen Bundesbank (2020a), kommen zu dem Ergebnis, dass der BIP-Rückgang durch die Maßnahmen des Konjunkturpakets in diesem Jahr um etwa 1 Prozentpunkt geringer ausfallen dürfte.



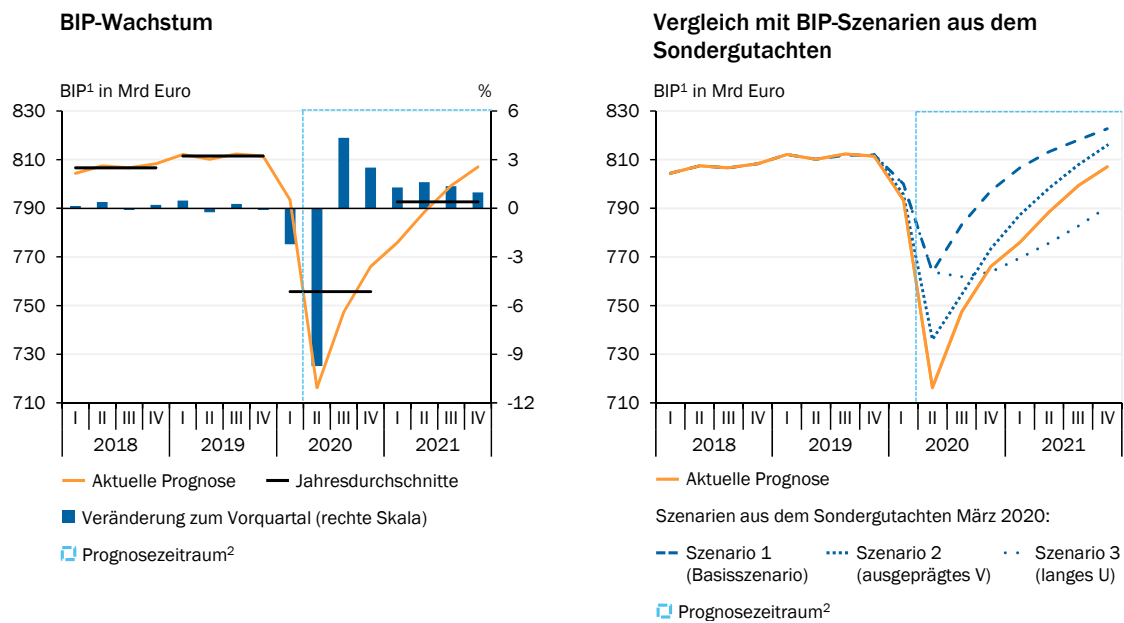
Aktuellen Schätzungen zufolge könnte das Konjunkturpaket zu einem BIP-Anstieg zwischen 0,8 % und 1,4 % im Jahr 2020 und zwischen 0,4 % und 1,7 % im Jahr 2021 führen (Boysen-Hogrefe et al., 2020b; Deutsche Bundesbank, 2020a; IWH, 2020; Michelsen et al., 2020; Wolter et al., 2020). Für die konjunkturelle Wirkung eines der größten Einzelposten, der **temporären Umsatzsteuerreduzierung von Juli bis Dezember 2020**, sind zwei Punkte entscheidend. Erstens hängt diese davon ab, in welchem Ausmaß die Steuersenkung an die Verbraucherinnen und Verbraucher weitergegeben wird und so deren **Realeinkommen steigert**. Administrative Kosten aufgrund der Preismstellung sowie ein branchenspezifischer Wettbewerbsdruck dürften zu einer teilweisen und über die Branchen hinweg heterogen verteilten Überwälzung führen (Benedek et al., 2015; Benzarti und Carloni, 2019). Darüber hinaus zeigen Benzarti et al. (2020), dass Umsatzsteuer-senkungen weniger stark an die Konsumenten weitergegeben werden als Erhöhungen. Wenn es nicht zu einer Preissenkung kommt, kann es dennoch durch höhere Margen der Unternehmen zu einem positiven konjunkturellen Effekt kommen.

Zweitens bedarf es, um einen **Substitutionseffekt** zu generieren, einer glaubhaften zeitlichen Befristung der Maßnahme. Angesichts der zu erwartenden Preiserhöhungen im nächsten Jahr ziehen Verbraucher möglicherweise ihren Konsum vor (Feldstein, 2002; Hall, 2011; Christofzik et al., 2020). In diesem Fall wäre insbesondere für langlebige Konsumgüter ein spürbarer Effekt zu erwarten (D'Acunto et al., 2016, 2020; Büttner und Madzharova, 2019). Dies könnte dem durch die hohe Unsicherheit verursachten privaten Konsumverzicht entgegenwirken. Die empirische Evidenz zur temporären Reduktion der Umsatzsteuer im Vereinigten Königreich zwischen 2008 und 2009 legt zwar einen kurzfristigen konjunkturellen Stimulus nahe, jedoch gefolgt von einem starken Rückgang, nachdem die Maßnahme endete (Blundell, 2009; Chirakijja et al., 2009; Crossley et al., 2014).

44. Die **schnelle Reaktion der Geld- und Fiskalpolitik im Frühjahr** hat geholfen, sich selbst verstärkende Abwärtsprozesse zu verhindern. Das Kurzarbeitergeld stabilisiert Einkommen und verhindert einen massiven Anstieg der Arbeitslosigkeit. Die Bereitstellung von Liquidität seitens der EZB sorgt für günstige Finanzierungsbedingungen für Unternehmen, Haushalte und Staaten. Daneben sorgen Kreditgarantien, direkte Beteiligungen oder etwa Regelungen zum steuerlichen Verlustausgleich dafür, dass Unternehmen die Umsatzausfälle während der Corona-Krise besser überbrücken können. Ein **Negativszenario**, in dem sich die Wirtschaftsaktivität im Verlauf des Herbstes nicht erholt (SG 2020 Ziffern 65 f.), erscheint daher weiterhin **wenig wahrscheinlich**.
45. Dennoch haben sich die **Rahmenbedingungen** für die deutsche Wirtschaft **gegenüber März verschlechtert**. Dies gilt insbesondere für das internationale Umfeld. ↘ ZIFFER 8 Der wirtschaftliche Einbruch in wichtigen Absatzmärkten wie dem restlichen Euro-Raum oder den USA dürfte um einiges stärker ausfallen als im Basisszenario des Sondergutachtens im März erwartet worden war (SG 2020 Ziffern 68 ff.). Ein Grund hierfür ist, dass vielerorts die **Ausbreitung des Virus** recht dynamisch war und nur **langsam eingedämmt** werden konnte. ↘ ZIFFER 5
46. Der Sachverständigenrat rechnet für **dieses Jahr** unter Berücksichtigung des zuletzt beschlossenen Konjunkturpakets mit einem jahresdurchschnittlichen

▸ **ABBILDUNG 12**

Voraussichtliche Entwicklung in Deutschland



1 – Verkettete Volumenwerte (Referenzjahr 2015), saison- und kalenderbereinigt. 2 – Prognose des Sachverständigenrates.

Quellen: Statistisches Bundesamt, eigene Berechnungen

© Sachverständigenrat | 20-155

Wachstum des BIP von –6,5 % (–6,9 % kalenderbereinigt). Die wirtschaftliche Entwicklung im Jahresverlauf 2020 ist dabei zweigeteilt. [▸ ABBILDUNG 12 LINKS](#) Im ersten Halbjahr ist mit einem Einbruch der Wirtschaftsleistung um mehr als 10 % zu rechnen. Dieser würde damit doppelt so stark ausfallen wie im Basisszenario des Sondergutachtens angenommen. Neben der möglicherweise größeren Sorge vor Ansteckungen und den daraus resultierenden Verhaltensänderungen ist die längere Dauer der Einschränkungen ein wesentlicher Grund für den stärkeren Einbruch. Zur Abschätzung der Effekte auf den privaten Verbrauch wurden im Sondergutachten ein Shutdown von fünf Wochen gefolgt von einer Erholung von drei Wochen veranschlagt (SG 2020 Ziffern 50 ff.). Die tatsächliche Entwicklung seit März entsprach jedoch eher dem Risikoszenario „ausgeprägtes V“, das von sieben Wochen Shutdown und fünf Wochen Erholung ausging.

47. Mit den allmählichen Lockerungen und dem Rückgang der Infektionszahlen dürfte im Sommer eine wirtschaftliche Erholung einsetzen. Ein **starker Rückpralleffekt** würde die wirtschaftliche Aktivität im **dritten Quartal** deutlich ansteigen lassen. Mehrere zum Teil **gegenläufige Effekte bestimmen die Erholung**. Gesamtwirtschaftliche Nachholeffekte in größerem Umfang sind nicht zu erwarten (SG 2020 Ziffern 59 ff.). Insbesondere im Dienstleistungsbereich dürften Kapazitätsengpässe, nicht zuletzt aufgrund von **weiterhin** bestehenden **Einschränkungen**, ein Nachholen von entgangenem Konsum verhindern. Bei langlebigen Gütern sind Nachholeffekte zwar eher denkbar, allerdings dürften die **gestiegene Unsicherheit** sowie **Einkommenseinbußen** diesen teilweise entgegenstehen. Gleichwohl ist beim privaten Verbrauch am ehesten mit einer Rückkehr zum Niveau vor der Corona-Pandemie zu rechnen, da viele Einschränkungen graduell aufgehoben werden und die Kaufkraft wieder steigen

könnte. Voraussetzung ist eine weiterhin erfolgreiche Eindämmung des Corona-Virus.

48. In der Prognose wird davon ausgegangen, dass es gelingt, eine mögliche zweite Infektionswelle ohne erneute flächendeckende Einschränkungen zu begrenzen. Positiv auf die Erholung dürften sich **Verhaltensanpassungen von Unternehmen und Haushalten** auswirken, die, unterstützt durch Innovationen, etwa ein Smart Distancing, einen besseren Umgang mit der Pandemie ermöglichen. Eine zeitnahe Wiederaufnahme des Schulbetriebs und die Öffnung von Kinderbetreuungseinrichtungen wurde im Juni angekündigt, ein gleichbleibend günstiges Infektionsgeschehen vorausgesetzt. Solange Schulen und Kindergärten weiterhin teilweise geschlossen bleiben, könnten Eltern ohne Anspruch auf Notbetreuung der Kinder ihre Arbeitszeit verkürzen (Fries et al., 2020b; Fuchs-Schündeln et al., 2020). Wahrscheinlich sinkt zudem die Produktivität von Eltern durch die Kombination von mobilem Arbeiten und Kinderbetreuung (Ernst, 2020; Fraunhofer FIT, 2020).
49. Das **verschlechterte außenwirtschaftliche Umfeld** dürfte die deutschen Ausfuhren in diesem Jahr deutlich stärker belasten als im März angenommen. Ein Grund ist die hohe Unsicherheit, etwa im Hinblick auf die Länge der Corona-Krise, die eine **geringe Investitionsbereitschaft** der Unternehmen nach sich ziehen dürfte, nachdem diese bereits in den vergangenen beiden Jahren schwach gewesen ist (JG 2019 Ziffern 8 f.). Folglich dürfte die **Nachfrage etwa nach Maschinen und Fahrzeugen** aus Deutschland **gedämpft bleiben**. Zwar haben sich die Risikoprämien für Unternehmensanleihen wieder von den Hochständen Mitte März zurückgebildet. Allerdings belasten die Einkommenseinbußen der vergangenen Monate das Eigenkapital der Unternehmen zusätzlich oder erschweren dessen Aufbau. Unternehmen in Deutschland und weltweit dürften hierauf in den kommenden Monaten mit einer gewissen Investitionszurückhaltung reagieren. Daneben könnten Verzögerungen bei Wiederhochfahren der internationalen Wertschöpfungsketten die Erholung der stark verflochtenen deutschen Volkswirtschaft bremsen (Fries et al., 2020a).
50. Ähnlich zum Risikoszenario „ausgeprägtes V“ aus dem Sondergutachten ist derzeit mit einer **Rückkehr zum Niveau vor der Pandemie** aber **nicht vor Ende 2021** zu rechnen. [↘ ABBILDUNG 12 RECHTS](#) Zum Vergleich: Während der Finanzkrise dauerte es bis zum 1. Quartal 2011, ehe das wirtschaftliche Niveau von Anfang 2008 wieder erreicht wurde. Wann eine vollständige Rückkehr zu einer (neuen) Normalität erfolgt, ist schwer abzuschätzen. Unternehmen halten derzeit eine Normalisierung ihrer Geschäftslage in knapp neun Monaten für am wahrscheinlichsten, wobei es nennenswerte Unterschiede zwischen Wirtschaftsbereichen gibt (ifo Institut, 2020a).

Für das **Jahr 2021** rechnet der Sachverständigenrat mit einer jahresdurchschnittlichen **Wachstumsrate von 4,9 %** (ohne nennenswerte Kalendereffekte). Die Jahresverlaufsrate läge im Jahr 2021 bei 5,3 %. [↘ TABELLE 4 ANHANG](#) Sollte schnell ein wirksamer Impfstoff gegen das Corona-Virus flächendeckend verfügbar sein und so eine Immunität eines Großteils der Bevölkerung erreicht werden, könnten das endgültige Wegfallen der bis dahin bestehenden Restriktionen

und die verringerte Unsicherheit die wirtschaftliche Erholung stärken und ein höheres Wachstum im kommenden Jahr ermöglichen.

51. Mögliche negative **Auswirkungen** der Corona-Krise **auf das Produktionspotenzial** lassen sich derzeit **schwer abschätzen**. Legt man die Mittelfristprojektion aus dem vergangenen Herbst zugrunde (JG 2019 Ziffern 130 ff.), ergibt sich eine durchschnittliche Produktionslücke von $-7,5\%$ im Jahr 2020 und $-4,0\%$ im Jahr 2021. Allerdings würde dies unterstellen, dass die Krise keinerlei strukturelle Auswirkungen hat und damit nicht zu Anpassungen des Produktionspotenzials führt. Angesichts steigender Arbeitslosenzahlen, möglicher Insolvenzen und grundlegender Veränderungen in manchen Wirtschaftsbereichen dürfte dies fraglich sein. Die Deutsche Bundesbank (2020a) geht für dieses Jahr von einer **stark negativen Produktionslücke** in der Größenordnung von -6% aus, die sich im kommenden Jahr nur geringfügig schließen dürfte.
52. **Verwendungsseitig ist in diesem Jahr fast durchgängig mit starken Rückgängen zu rechnen**. Beim privaten Konsum dürfte dieser $5,5\%$ betragen, was auf den Einbruch im ersten Halbjahr zurückzuführen ist. Für einen kräftigen Anstieg in der zweiten Jahreshälfte sorgt nicht zuletzt die vorübergehende Senkung der Umsatzsteuer. Bei den Ausrüstungsinvestitionen ist ein Rückgang um $19,3\%$ zu erwarten. Ein zweistelliger Einbruch ist in diesem Jahr ebenfalls bei den Ausfuhren zu erwarten. Da dieser mit $-14,5\%$ um einiges negativer ausfällt als das Wachstum bei den Einfuhren, dürfte der Wachstumsbeitrag des Außenhandels in diesem Jahr stark negativ sein. [↘ TABELLE 5 ANHANG](#) Obschon im Sommerhalbjahr mit rückläufigen Bauinvestitionen zu rechnen ist, dürften diese aufgrund des außerordentlich starken ersten Quartals auf das Jahr gesehen um $1,8\%$ ansteigen. Der Staatskonsum dürfte in diesem Jahr mit $2,6\%$ wachsen.

Im kommenden Jahr ist über die Verwendungsaggregate hinweg mit **Anstiegen** zu rechnen. Beim privaten Konsum dämpft zwar das Auslaufen der Umsatzsteuersenkung das Wachstum im ersten Quartal 2021. Dennoch ist dort von einer baldigen Erholung auszugehen. Die Ausrüstungsinvestitionen sowie die Ausfuhren hingegen dürften am Ende des Prognosezeitraums immer noch um einiges unter ihrem Niveau vor der Corona-Pandemie liegen. [↘ ABBILDUNG 13 ANHANG](#)

53. Der **Ölpreisverfall** aus dem Frühjahr (SG 2020 Ziffer 78) drückt im Jahresverlauf 2020 die **Inflationsrate** des Verbraucherpreisindex (VPI). Im zweiten Halbjahr **2020** dürfte zudem die temporäre Senkung der Umsatzsteuer den Preisauftrieb **dämpfen**, ehe im kommenden Jahr wieder mit einem Anziehen der Inflationsrate zu rechnen ist. Neben der Wiederanhebung der Umsatzsteuer spielt hierbei die Einführung der CO₂-Bepreisung für die Sektoren Verkehr und Wärme eine Rolle. Schätzungen zufolge könnte die Inflationsrate im kommenden Jahr dadurch um $0,5$ bis 1 Prozentpunkte höher ausfallen (Nöh et al., 2020). Der Sachverständigenrat erwartet eine Inflationsrate von $0,6\%$ in diesem und $1,6\%$ im kommenden Jahr. Für den BIP-Deflator ist mit Zuwachsraten von $2,2\%$ im Jahr 2020 und $1,6\%$ im Jahr 2021 zu rechnen.

Bei der **Arbeitslosenquote** rechnet der Sachverständigenrat damit, dass diese in den kommenden Monaten weiter **ansteigt**, ehe sie dann im Jahresverlauf 2021 wieder langsam sinken dürfte. Für die Jahre 2020 und 2021 sind durchschnittliche Arbeitslosenquoten von jeweils 6,1 % zu erwarten. Der **gesamtsstaatliche Finanzierungssaldo** (in Relation zum BIP) dürfte im Jahr 2020 mit –6,0 % und –3,9 % im kommenden Jahr **stark negativ** ausfallen. [↘ TABELLE 7 ANHANG](#) Die Schuldenstandsquote dürfte im Jahr 2020 bei rund 75,2 % des BIP liegen und im Jahr 2021 auf 73,3 % leicht zurückgehen.

LITERATUR

Abele-Brehm, A. et al. (2020), Die Bekämpfung der Coronavirus-Pandemie tragfähig gestalten, Empfehlungen für eine flexible, risikoadaptierte Strategie.

Bayer, C., B. Born, R. Luetticke und G. Müller (2020), The Coronavirus Stimulus Package: How large is the transfer multiplier?, CEPR Discussion Paper DP14600, Centre for Economic Policy Research, London.

Benedek, D., R.A. de Mooij und P. Wingender (2015), Estimating VAT pass through, IMF Working Paper 15/214, Internationaler Währungsfonds, Washington, DC.

Benzarti, Y. und D. Carloni (2019), Who really benefits from consumption tax cuts? Evidence from a large VAT reform in France, *American Economic Journal: Economic Policy* 11 (1), 38–63.

Benzarti, Y., D. Carloni, J. Harju und T. Kosonen (2020), What goes up may not come down: Asymmetric incidence of value-added taxes, *Journal of Political Economy*, im Erscheinen.

Blundell, R. (2009), Assessing the temporary VAT cut policy in the UK, *Fiscal Studies* 30 (1), 31–38.

BMWi (2020), BIP-Nowcast für das 2. Quartal 2020, Schlaglichter der Wirtschaftspolitik 05/2020, Bundesministerium für Wirtschaft und Energie, Berlin, S. 58.

Bodenstein, M., G. Corsetti und L. Guerrieri (2020), Social distancing and supply disruptions in a pandemic, *Covid Economics – Vetted and Real-Time Papers* (19), 1–52.

Boysen-Hogrefe, J. et al. (2020a), Weltwirtschaft und deutsche Konjunktur: Interimsprognose im Frühjahr 2020, Kiel Policy Brief, Spezial Corona-Update 3, Institut für Weltwirtschaft, Kiel.

Boysen-Hogrefe, J., S. Fiedler, D. Groll, N. Jannsen, S. Kooths und S. Mösle (2020b), Deutsche Wirtschaft vor mühsamer Erholung, Kieler Konjunkturberichte Deutschland 68 (2020 / Q2), Institut für Weltwirtschaft, Kiel.

Bundesnetzagentur (2020), SMARD – Strommarktdaten, Stromhandel und Stromerzeugung in Deutschland, <https://www.smard.de/home>, abgerufen am 9.6.2020.

Büttner, T. und B. Madzharova (2019), Unit sales and price effects of pre-announced consumption tax reforms: Micro-level evidence from European VAT, Working Paper, Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg.

Carvalho, V. et al. (2020), Tracking the covid-19 crisis with high-resolution transaction data, CEPR Discussion Paper DP14642, Centre for Economic Policy Research, London.

Cavallino, P. und F.D. Fiore (2020), Central banks' response to Covid-19 in advanced economies, BIS Bulletin 21, Bank für Internationalen Zahlungsausgleich, Basel.

Chirakijja, J., C. O'Dea, T.F. Crossley und M. Lührmann (2009), The stimulus effect of the 2008 UK temporary vat cut, Proceedings, 102nd Annual Conference on Taxation and Minutes of the Annual Meeting of the National Tax Association, 15–21.

Christofzik, D.I., A. Fuest und R. Jessen (2020), Macroeconomic effects of the anticipation and implementation of tax changes in Germany: Evidence from a narrative account, *Ruhr Economic Paper* 852, RWI – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung, Essen.

Cox, M., M. Berghausen, S. Linz, C. Fries und J. Völker (2018), Digitale Prozessdaten aus der Lkw-Mauterhebung – neuer Baustein der amtlichen Konjunkturstatistiken, *WISTA – Wirtschaft und Statistik* 6/2018, 11–32.

Crossley, T.F., H.W. Low und C. Sleeman (2014), Using a temporary indirect tax cut as a fiscal stimulus: Evidence from the UK, IFS Working Paper W14/16, Institute for Fiscal Studies, London.

D'Acunto, F., D. Hoang und M. Weber (2020), Unconventional fiscal policy to exit the COVID-19 crisis, <https://voxeu.org/article/unconventional-fiscal-policy-exit-covid-19-crisis>, abgerufen am 8.6.2020.

D'Acunto, F., D. Hoang und M. Weber (2016), The effect of unconventional fiscal policy on consumption expenditure, NBER Working Paper 22563, National Bureau of Economic Research, Cambridge, MA.

Deutsche Bundesbank (2020a), Perspektiven der deutschen Wirtschaft für die Jahre 2020 bis 2022, Monatsbericht Juni 2020, Frankfurt am Main, 1–20.

[Deutsche Bundesbank \(2020b\)](https://www.bundesbank.de/de/aufgaben/themen/neuer-indikator-liefert-zeitnahes-bild-der-gesamtwirtschaftlichen-lage-833518), Neuer Indikator liefert zeitnahes Bild der gesamtwirtschaftlichen Lage, <https://www.bundesbank.de/de/aufgaben/themen/neuer-indikator-liefert-zeitnahes-bild-der-gesamtwirtschaftlichen-lage-833518>, abgerufen am 20.5.2020.

[Eichenbaum, M.S., S. Rebelo und M. Trabandt \(2020\)](#), The macroeconomics of epidemics, NBER Working Paper 26882, National Bureau of Economic Research, Cambridge, MA.

[Ernst, C. \(2020\)](#), Homeoffice im Kontext der Corona-Pandemie, Ad-hoc-Studie, Technische Hochschule Köln.

[EZB \(2020a\)](#), The euro area bank lending survey – First quarter of 2020, https://www.ecb.europa.eu/stats/ecb_surveys/bank_lending_survey/html/ecb.blssurvey2020q1~17a1b2b7d2.en.html, abgerufen am 28.4.2020.

[EZB \(2020b\)](#), Geldpolitische Beschlüsse, Pressemitteilung, Europäische Zentralbank, Frankfurt am Main, 30. April.

[EZB \(2020c\)](#), Geldpolitische Beschlüsse, Pressemitteilung, Europäische Zentralbank, Frankfurt am Main, 4. Juni.

[EZB \(2020d\)](#), Financial stability review – May 2020, Europäische Zentralbank, Frankfurt am Main, <https://www.ecb.europa.eu/pub/financial-stability/fsr/html/ecb.fsr202005~1b75555f66.en.html#toc2>, abgerufen am 26.5.2020.

[Farboodi, M., G. Jarosch und R. Shimer \(2020\)](#), Internal and external effects of social distancing in a pandemic, NBER Working Paper 27059, National Bureau of Economic Research, Cambridge, MA.

[Felbermayr, G., J. Hinz und H. Mahlkow \(2020\)](#), Deutschlands Wirtschaft seit dem Corona Lockdown, Kiel Policy Brief, Spezial Corona-Update 1, Institut für Weltwirtschaft, Kiel.

[Feldstein, M. \(2002\)](#), The role for discretionary fiscal policy in a low interest rate environment, NBER Working Paper 9203, National Bureau of Economic Research, Cambridge, MA.

[Fraunhofer FIT \(2020\)](#), Fraunhofer-Umfrage »Homeoffice«: Erste Ergebnisse, Presseinformation, Fraunhofer-Institut für Angewandte Informationstechnik, Sankt Augustin, 7. Mai.

[Fries, J.L., N. Garnadt, V. Grimm und L. Nöh \(2020a\)](#), Europa in der Corona-Krise: Europäische Lieferketten müssen europäisch wiederbelebt werden, Wirtschaftsdienst 100 (6), 410–415.

[Fries, J.L. et al. \(2020b\)](#), Nachfrage- und angebotsseitige Einschränkungen der wirtschaftlichen Aktivität in Deutschland infolge der Corona-Pandemie, Arbeitspapier 02/2020, Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, Wiesbaden.

[Fuchs-Schündeln, N., M. Kuhn und M. Tertilt \(2020\)](#), The short-run macro implications of school and childcare closures, <https://voxeu.org/article/short-run-implications-school-closures>, abgerufen am 30.5.2020.

[Grimm, V., F. Mengel und M. Schmidt \(2020\)](#), Extensions of the SEIR model for the analysis of tailored social distancing and tracing approaches to cope with COVID-19, medRxiv, <https://doi.org/10.1101/2020.04.24.20078113>.

[Guerrieri, V., G. Lorenzoni, L. Straub und I. Werning \(2020\)](#), Macroeconomic implications of COVID-19: Can negative supply shocks cause demand shortages?, NBER Working Paper 26918, National Bureau of Economic Research, Cambridge, MA.

[Hall, R.E. \(2011\)](#), The long slump, American Economic Review 101 (2), 431–469.

[ifo Institut \(2020a\)](#), ifo Konjunkturprognose Frühjahr 2020 Update: Schrumpfen der Wirtschaft um 6,6 Prozent am wahrscheinlichsten, <http://www.ifo.de/ifo-konjunkturprognose/20200528>, abgerufen am 28.5.2020.

[ifo Institut \(2020b\)](#), Im Mai waren 7,3 Millionen Beschäftigte in Kurzarbeit, Pressemitteilung, München, 2. Juni.

[Insee \(2020\)](#), Household consumption, Point de conjuncture – French economic outlook (27 May 2020), Institut national de la statistique et des études économiques, Montrouge, 10–13.

[IWF \(2020a\)](#), Policy responses to COVID19, Internationaler Währungsfonds, Washington, DC, <https://www.imf.org/en/Topics/imf-and-covid19/Policy-Responses-to-COVID-19>, abgerufen am 8.6.2020.

[IWF \(2020b\)](#), World economic outlook, April 2020: The great lockdown, Internationaler Währungsfonds, Washington, DC.

IWH (2020), Konjunktur aktuell: Wirtschaft stellt sich auf Leben mit dem Virus ein, IWH Konjunktur aktuell 8 (2), Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung Halle, 26–62.

KfW (2020), Zusagen in den Corona-Programmen (Bundesländer/Landkreise), Stichtag 31. Mai 2020, KfW Bankengruppe, Frankfurt am Main.

Krueger, D., H. Uhlig und T. Xie (2020), Macroeconomic dynamics and reallocation in an epidemic, NBER Working Paper 27047, National Bureau of Economic Research, Cambridge, MA.

McKibbin, W.J. und R. Fernando (2020), The global macroeconomic impacts of COVID-19: Seven scenarios, CAMA Working Paper 19/2020, Centre for Applied Macroeconomic Analysis, Crawford School of Public Policy, The Australian National University, Canberra.

Michelsen, C. et al. (2020), Deutsche Wirtschaft: Schleppende Erholung nach tiefem Fall: Grundlinien der Wirtschaftsentwicklung im Sommer 2020, DIW Wochenbericht 87 (24), Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin, 420–436.

Nöh, L., F. Rutkowski und M. Schwarz (2020), Auswirkungen einer CO₂-Bepreisung auf die Verbraucherpreis-inflation, Arbeitspapier 03/2020, Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, Wiesbaden.

OECD (2020), Economic outlook: Volume 2020 Issue 1 – Preliminary version, OECD Publishing, Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Paris.

Pfeiffer, P., W. Roeger und J. in 't Veld (2020), The COVID19-pandemic in the EU: Macroeconomic transmission and economic policy response, ECFIN Discussion Paper, Europäische Kommission, Brüssel, im Erscheinen.

RKI (2020), Aktueller Lage-/Situationsbericht des RKI zu COVID-19, Robert Koch-Institut, https://www.rki.de/DE/Content/InfAZ/N/Neuartiges_Coronavirus/Situationsberichte/Gesamt.html, abgerufen am 18.6.2020.

Sforza, A. und M. Steininger (2020), Globalization in the time of COVID-19, Covid Economics – Vetted and Real-Time Papers (19), 159–210.

Statistisches Bundesamt (2020a), Kreditvergaben in der Kreditwirtschaft und Auskünfte für Online-Transaktionen, <https://www.destatis.de/DE/Service/EXDAT/Datensaetze/kredite-onlinetransaktionen.html>, abgerufen am 18.6.2020.

Statistisches Bundesamt (2020b), Lkw-Maut-Fahrleistungsindex wird vorübergehend täglich aktualisiert, Pressemitteilung 129, Wiesbaden, 9. April.

Statistisches Bundesamt (2020c), Gastgewerbeumsatz im März 2020 um fast die Hälfte eingebrochen, Pressemitteilung 175, Wiesbaden, 20. Mai.

Statistisches Bundesamt (2020d), Einzelhandelsumsatz im April 2020 real 6,5 % niedriger als im April 2019, Pressemitteilung 192, Wiesbaden, 29. Mai.

Wagner, J., F. Arnold und S. Jeddi (2020), Einfluss der Covid-19-Pandemie auf den Großhandelsstrompreis und die EEG-Umlage, EWI-Kurzanalyse im Auftrag der E.ON SE, Energiewirtschaftliches Institut an der Universität zu Köln.

WHO (2020), Coronavirus disease (COVID-19) situation report 149, Weltgesundheitsorganisation, Genf.

Wolter, M.I., R. Helmrich, C. Schneemann, E. Weber und G. Zika (2020), Auswirkungen des Corona-Konjunkturprogramms auf Wirtschaft und Erwerbstätigkeit, IAB Discussion Paper 18/2020, Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, Nürnberg.

ANHANG

▾ TABELLE 4

Komponenten der Wachstumsprognose des Bruttoinlandsprodukts¹ (in %)

	2015	2016	2017	2018	2019	2020 ²	2021 ²
Statistischer Überhang am Ende des Vorjahres ³	0,9	0,7	0,5	1,1	0,2	0,0	1,4
Jahresverlaufsrate ⁴	1,3	1,9	3,4	0,6	0,4	- 5,6	5,3
Jahresdurchschnittliche Veränderungsrate des Bruttoinlandsprodukts, kalenderbereinigt	1,5	2,1	2,8	1,5	0,6	- 6,9	4,9
Kalendereffekt (in % des Bruttoinlandsprodukts)	0,2	0,1	- 0,3	0,0	0,0	0,4	0,0
Jahresdurchschnittliche Rate des Bruttoinlandsprodukts ⁵	1,7	2,2	2,5	1,5	0,6	- 6,5	4,9

1 – Preisbereinigt. 2 – Prognose des Sachverständigenrates. 3 – Prozentuale Differenz zwischen dem absoluten Niveau des BIP im letzten Quartal des Jahres und dem durchschnittlichen Niveau der Quartale desselben Jahres (siehe JG 2005 Kasten 5). 4 – Veränderung des vierten Quartals zum vierten Quartal des Vorjahres. 5 – Abweichungen in den Summen rundungsbedingt.

Quellen: Statistisches Bundesamt, eigene Berechnungen

© Sachverständigenrat | 20-159

▾ TABELLE 5

Wachstumsbeiträge zum Bruttoinlandsprodukt nach Verwendungskomponenten¹ Prozentpunkte

	2015	2016	2017	2018	2019	2020 ²	2021 ²
Inländische Verwendung	1,5	2,8	2,2	2,0	1,1	- 3,4	3,6
Konsumausgaben	1,6	2,0	1,2	1,0	1,4	- 2,4	2,9
Private Konsumausgaben ³	1,0	1,2	0,7	0,7	0,8	- 2,9	2,4
Konsumausgaben des Staates	0,5	0,8	0,5	0,3	0,5	0,5	0,5
Bruttoanlageinvestitionen	0,4	0,8	0,5	0,7	0,5	- 1,1	0,8
Ausrüstungsinvestitionen ⁴	0,3	0,2	0,3	0,3	0,0	- 1,4	0,5
Bauinvestitionen	- 0,1	0,4	0,1	0,3	0,4	0,2	0,2
Sonstige Anlagen	0,2	0,2	0,2	0,2	0,1	0,0	0,1
Vorratsveränderungen	- 0,4	0,1	0,5	0,3	- 0,8	0,1	- 0,1
Außenbeitrag	0,2	- 0,6	0,3	- 0,4	- 0,6	- 3,1	1,3
Exporte	2,5	1,1	2,3	1,0	0,5	- 6,8	3,6
Importe	- 2,3	- 1,7	- 2,0	- 1,5	- 1,0	3,7	- 2,2
Bruttoinlandsprodukt (%)	1,7	2,2	2,5	1,5	0,6	- 6,5	4,9

1 – Wachstumsbeiträge zum preisbereinigten BIP. Abweichungen in den Summen rundungsbedingt. 2 – Prognose des Sachverständigenrates.

3 – Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck. 4 – Einschließlich militärischer Waffensysteme.

Quellen: Statistisches Bundesamt, eigene Berechnungen

© Sachverständigenrat | 20-160

TABELLE 6

Arbeitsmarkt in Deutschland

Tausend Personen

	2018	2019	2020 ¹	2021 ¹	2020 ¹	2021 ¹
	Jahreswert				Veränderung zum Vorjahr in %	
Erwerbspersonen ²	46 177	46 459	46 528	46 321	0,1	- 0,4
Erwerbslose ³	1 468	1 374	1 862	1 857	35,5	- 0,3
Pendlersaldo ⁴	145	151	96	121	- 36,3	25,7
Erwerbstätige ⁵	44 854	45 236	44 762	44 585	- 1,0	- 0,4
Selbstständige	4 223	4 149	3 978	3 819	- 4,1	- 4,0
Arbeitnehmer	40 631	41 087	40 784	40 766	- 0,7	0,0
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte	32 964	33 518	33 491	33 722	- 0,1	0,7
Marginal Beschäftigte ⁶	5 277	5 181	5 072	4 963	- 2,1	- 2,2
Geringfügig entlohnt Beschäftigte insgesamt ⁷	7 498	7 526	7 287	7 121	- 3,2	- 2,3
Ausschließlich geringfügig entlohnt Beschäftigte	4 671	4 579	4 375	4 200	- 4,5	- 4,0
Im Nebenerwerb geringf. entlohnt Beschäftigte	2 826	2 947	2 912	2 921	- 1,2	0,3
Registriert Arbeitslose	2 340	2 267	2 719	2 700	20,0	- 0,7
Unterbeschäftigung (ohne Kurzarbeit) ⁸	3 285	3 200	3 838	3 809	20,0	- 0,8
Kurzarbeiter (Beschäftigungsäquivalent)	43	47	1 512	295	3116,4	- 80,5
Arbeitsvolumen (Mio Stunden) ⁹	62 344	62 706	60 042	61 778	- 4,2	2,9
Arbeitslosenquote ^{10,11}	5,2	5,0	6,1	6,1	1,1	0,0
ILO-Erwerbslosenquote ^{11,12}	3,4	3,2	4,3	4,3	1,1	0,0

1 – Prognose des Sachverständigenrates. 2 – Personen im erwerbsfähigen Alter mit Wohnort in Deutschland (Inländerkonzept); in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen. 3 – ILO-Konzept. 4 – Erwerbstätige Einpendler aus dem Ausland/Auspendler in das Ausland. 5 – Erwerbstätige mit einem Arbeitsplatz in Deutschland unabhängig von ihrem Wohnort (Inlandskonzept). 6 – Arbeitnehmer, die keine voll sozialversicherungspflichtige Beschäftigung ausüben, aber nach dem Labour-Force-Konzept der ILO als erwerbstätig gelten, insbesondere ausschließlich geringfügig Beschäftigte und Personen in Arbeitsgelegenheiten. 7 – Beschäftigte mit einem Arbeitsentgelt bis zu 450 Euro (§ 8 Absatz 1 Nr. 1 SGB IV). 8 – Gemäß Unterbeschäftigungskonzept der BA. 9 – Geleistete Arbeitsstunden der Erwerbstätigen (Inland). 10 – Registriert Arbeitslose in Relation zu allen zivilen Erwerbspersonen. 11 – Jahresdurchschnitte in %; Veränderung zum Vorjahr in Prozentpunkten. 12 – Erwerbslose in Relation zu den Erwerbspersonen, jeweils Personen in Privathaushalten im Alter von 15 bis 74 Jahren.

Quellen: BA, Eurostat, IAB, Statistisches Bundesamt, eigene Berechnungen

© Sachverständigenrat | 20-209

TABELLE 7

Einnahmen und Ausgaben des Staates¹ sowie finanzpolitische Kennziffern

	2019	2020 ²	2021 ²	2020 ²	2021 ²
	Mrd Euro			Veränderung zum Vorjahr in %	
Einnahmen	1 608,5	1 533,2	1 601,0	- 4,7	4,4
Steuern	826,6	750,6	801,7	- 9,2	6,8
Sozialbeiträge	597,6	595,8	606,9	- 0,3	1,9
sonstige Einnahmen ³	184,3	186,9	192,5	1,4	3,0
Ausgaben	1 558,1	1 728,7	1 737,5	10,9	0,5
Vorleistungen	178,9	192,8	201,5	7,8	4,5
Arbeitnehmerentgelte	271,4	281,8	289,2	3,8	2,6
geleistete Vermögenseinkommen (Zinsen)	27,6	25,5	24,6	- 7,4	- 3,6
Subventionen	30,9	91,5	54,4	195,8	- 40,5
monetäre Sozialleistungen	545,7	594,9	598,2	9,0	0,6
soziale Sachleistungen	299,9	310,8	327,6	3,6	5,4
Bruttoinvestitionen	85,5	91,5	97,4	6,9	6,5
sonstige Ausgaben ⁴	118,0	139,9	144,6	18,5	3,3
Finanzierungssaldo	50,4	- 195,4	- 136,5	x	x
Finanzpolitische Kennziffern (%)⁵					
Staatsquote ⁶	45,4	52,7	49,7	x	x
Staatskonsumquote	20,3	22,4	21,9	x	x
Sozialbeitragsquote ⁷	16,2	16,9	16,1	x	x
Steuerquote ⁸	24,4	23,2	23,3	x	x
Abgabenquote ⁹	40,6	40,1	39,4	x	x
Finanzierungssaldo	1,5	- 6,0	- 3,9	x	x
Schuldenstandsquote ¹⁰	59,8	75,2	73,3	x	x
Zins-Steuer-Quote ¹¹	3,3	3,4	3,0	x	x

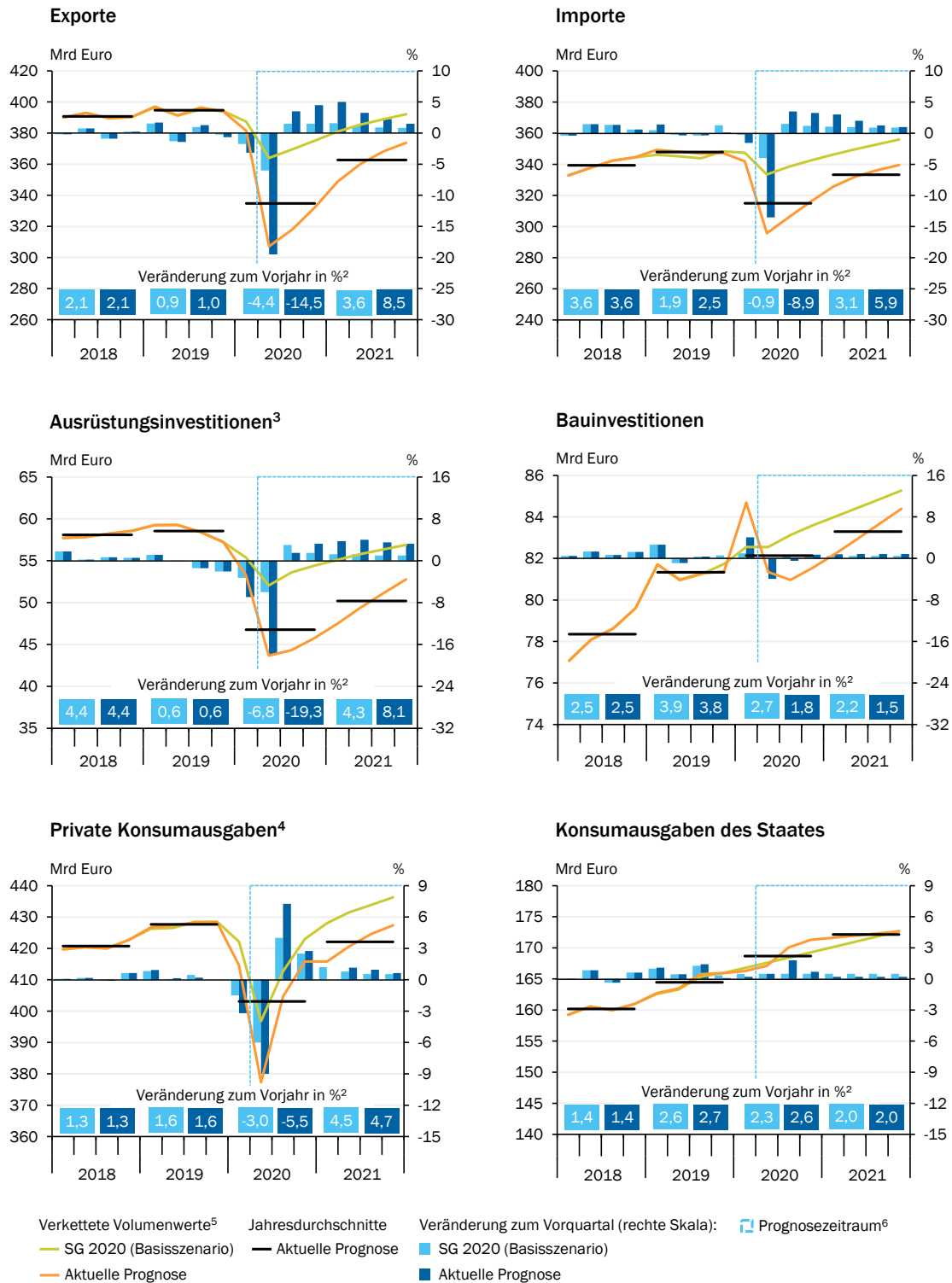
1 – In der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (nominale Angaben). 2 – Prognose des Sachverständigenrates. 3 – Verkäufe, empfangene sonstige Subventionen, empfangene Vermögenseinkommen, sonstige laufende Transfers, Vermögenstransfers. 4 – Sonstige laufende Transfers, Vermögenstransfers, geleistete sonstige Produktionsabgaben sowie Nettozugang an nichtproduzierten Vermögensgütern. 5 – Jeweils in Relation zum BIP. 6 – Gesamtstaatliche Ausgaben. 7 – Sozialbeiträge, ohne unterstellte Sozialbeiträge. 8 – Steuern einschließlich Erbschaftsteuer und Steuern an die EU. 9 – Steuern einschließlich Erbschaftsteuer, Steuern an die EU und tatsächliche Sozialbeiträge. 10 – Bruttoschulden des Staates in der Abgrenzung gemäß dem Vertrag von Maastricht. 11 – Zinsausgaben in Relation zu den Steuern einschließlich Erbschaftsteuer.

Quellen: Deutsche Bundesbank, Statistisches Bundesamt, eigene Berechnungen

© Sachverständigenrat | 20-182

ABBILDUNG 13

Komponenten des Bruttoinlandsprodukts¹



1 – Alle angegebenen Komponenten des BIP preisbereinigt. 2 – Ursprungswerte. 3 – Einschließlich militärischer Waffensysteme. 4 – Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck. 5 – Saison- und kalenderbereinigt. 6 – Prognosen des Sachverständigenrates.

Quellen: Statistisches Bundesamt, eigene Berechnungen

TABELLE 8

Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für Deutschland

Absolute Werte

	Einheit	2019	2020 ¹	2021 ¹	2020 ¹		2021 ¹	
					1. Hj.	2. Hj.	1. Hj.	2. Hj.
Verwendung des Inlandsprodukts								
In jeweiligen Preisen								
Konsumausgaben	Mrd Euro	2 494,3	2 440,3	2 578,6	1 179,0	1 261,3	1 251,3	1 327,4
Private Konsumausgaben ²	Mrd Euro	1 795,4	1 706,6	1 811,9	825,9	880,7	878,4	933,5
Konsumausgaben des Staates	Mrd Euro	698,9	733,7	766,8	353,1	380,7	372,9	393,9
Bruttoanlageinvestitionen	Mrd Euro	746,5	720,2	759,4	351,7	368,5	358,8	400,7
Ausrüstungsinvestitionen ³	Mrd Euro	239,8	195,3	213,0	96,1	99,2	97,6	115,4
Bauinvestitionen	Mrd Euro	372,9	388,5	404,8	190,5	198,0	193,9	210,9
Sonstige Anlagen	Mrd Euro	133,7	136,4	141,6	65,1	71,3	67,3	74,3
Inländische Verwendung	Mrd Euro	3 234,7	3 162,9	3 338,1	1 536,9	1 626,0	1 615,0	1 723,1
Exporte	Mrd Euro	1 613,5	1 371,2	1 492,9	705,6	665,7	723,5	769,4
Importe	Mrd Euro	1 412,9	1 251,9	1 333,3	627,4	624,5	640,9	692,4
Bruttoinlandsprodukt	Mrd Euro	3 435,2	3 282,2	3 497,7	1 615,0	1 667,2	1 697,6	1 800,2
Verkettete Volumenangaben								
Konsumausgaben	Mrd Euro	2 366,8	2 289,7	2 379,2	1 112,5	1 177,2	1 165,5	1 213,7
Private Konsumausgaben ²	Mrd Euro	1 708,8	1 614,5	1 690,5	780,7	833,8	823,6	867,0
Konsumausgaben des Staates	Mrd Euro	657,9	674,8	688,6	331,6	343,2	341,8	346,8
Bruttoanlageinvestitionen	Mrd Euro	683,6	647,8	670,7	316,5	331,3	317,8	352,9
Ausrüstungsinvestitionen ³	Mrd Euro	232,9	187,8	203,1	92,4	95,4	93,0	110,1
Bauinvestitionen	Mrd Euro	324,0	329,8	334,9	161,7	168,1	161,2	173,7
Sonstige Anlagen	Mrd Euro	126,5	127,2	130,5	61,0	66,2	62,2	68,2
Inländische Verwendung	Mrd Euro	3 054,1	2 945,3	3 055,3	1 435,4	1 509,9	1 488,2	1 567,1
Exporte	Mrd Euro	1 572,6	1 344,8	1 459,2	689,4	655,4	710,9	748,3
Importe	Mrd Euro	1 387,7	1 264,3	1 338,7	629,0	635,3	648,2	690,5
Bruttoinlandsprodukt	Mrd Euro	3 240,7	3 029,7	3 178,3	1 497,1	1 532,6	1 551,8	1 626,6
Preisentwicklung (Deflatoren)								
Konsumausgaben	2015=100	105,4	106,6	108,4	106,0	107,2	107,4	109,4
Private Konsumausgaben ²	2015=100	105,1	105,7	107,2	105,8	105,6	106,7	107,7
Konsumausgaben des Staates	2015=100	106,2	108,7	111,4	106,5	110,9	109,1	113,6
Bruttoanlageinvestitionen	2015=100	109,2	111,2	113,2	111,1	111,2	112,9	113,6
Ausrüstungsinvestitionen ³	2015=100	103,0	104,0	104,9	104,1	103,9	105,0	104,9
Bauinvestitionen	2015=100	115,1	117,8	120,9	117,8	117,8	120,3	121,4
Sonstige Anlagen	2015=100	105,7	107,2	108,5	106,8	107,7	108,1	109,0
Inländische Verwendung	2015=100	105,9	107,4	109,3	107,1	107,7	108,5	110,0
Terms of Trade	2015=100	100,8	103,0	102,7	102,6	103,3	102,9	102,5
Exporte	2015=100	102,6	102,0	102,3	102,3	101,6	101,8	102,8
Importe	2015=100	101,8	99,0	99,6	99,8	98,3	98,9	100,3
Bruttoinlandsprodukt	2015=100	106,0	108,3	110,1	107,9	108,8	109,4	110,7
Entstehung des Inlandsprodukts								
Erwerbstätige (Inland)	Tausend	45 236	44 762	44 585	44 884	44 640	44 395	44 775
Arbeitsvolumen	Mio Std.	62 706	60 042	61 778	29 546	30 496	30 167	31 611
Produktivität (Stundenbasis)	2015=100	103,0	100,6	102,5	101,0	100,2	102,5	102,6
Verteilung des Volkseinkommens								
Volkseinkommen	Mrd Euro	2 560,2	2 463,3	2 566,8	1 204,8	1 258,5	1 230,8	1 336,1
Arbeitnehmerentgelte	Mrd Euro	1 848,4	1 818,6	1 881,6	877,9	940,7	901,2	980,4
Bruttolöhne und -gehälter	Mrd Euro	1 522,2	1 494,2	1 551,5	716,4	777,7	741,7	809,7
darunter: Nettolöhne und -gehälter ⁴	Mrd Euro	1 021,2	1 007,5	1 051,7	478,4	529,1	498,4	553,3
Unternehmens- und Vermögens-einkommen	Mrd Euro	711,8	644,7	685,2	326,9	317,8	329,5	355,7
Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte ²	Mrd Euro	1 954,3	1 961,8	1 995,9	974,8	987,0	988,1	1 007,9
Sparquote der privaten Haushalte ^{2,5}	%	10,9	15,6	12,0	17,8	13,5	13,7	10,2
nachrichtlich:								
nominale Lohnstückkosten ⁶	2015=100	108,4	114,7	113,8	112,5	117,0	112,3	115,3
reale Lohnstückkosten ⁷	2015=100	102,3	105,9	103,4	104,3	107,5	102,7	104,1
Verbraucherpreise	2015=100	105,3	105,9	107,5	106,1	105,5	107,1	107,8

1 – Prognose des Sachverständigenrates. 2 – Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck. 3 – Einschließlich militärischer Waffensysteme. 4 – Arbeitnehmerentgelte abzüglich Sozialbeiträge der Arbeitgeber sowie Sozialbeiträge und Lohnsteuer der Arbeitnehmer. 5 – Ersparnis in Relation zum verfügbaren Einkommen. 6 – Arbeitnehmerentgelt je geleisteter Arbeitnehmerstunde in Relation zum realen BIP je geleisteter Erwerbstätigenstunde. 7 – Arbeitnehmerentgelt je geleisteter Arbeitnehmerstunde in Relation zum BIP je geleisteter Erwerbstätigenstunde.

Quellen: BA, Statistisches Bundesamt, eigene Berechnungen

Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für Deutschland

Veränderung gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum in %

2019	2020 ¹	2021 ¹	2020 ¹		2021 ¹		
			1. Hj.	2. Hj.	1. Hj.	2. Hj.	
							Verwendung des Inlandsprodukts
							In jeweiligen Preisen
3,5	- 2,2	5,7	- 3,1	- 1,3	6,1	5,2	Konsumausgaben
3,0	- 4,9	6,2	- 5,9	- 4,0	6,4	6,0	Private Konsumausgaben ²
5,0	5,0	4,5	4,5	5,5	5,6	3,5	Konsumausgaben des Staates
5,5	- 3,5	5,5	- 2,2	- 4,8	2,0	8,7	Bruttoanlageinvestitionen
1,9	- 18,6	9,1	- 17,0	- 20,0	1,5	16,4	Ausrüstungsinvestitionen ³
8,3	4,2	4,2	5,5	2,9	1,8	6,5	Bauinvestitionen
4,4	2,0	3,9	2,8	1,2	3,4	4,3	Sonstige Anlagen
3,1	- 2,2	5,5	- 3,1	- 1,4	5,1	6,0	Inländische Verwendung
1,7	- 15,0	8,9	- 12,2	- 17,8	2,5	15,6	Exporte
2,4	- 11,4	6,5	- 10,5	- 12,3	2,2	10,9	Importe
2,7	- 4,5	6,6	- 4,4	- 4,5	5,1	8,0	Bruttoinlandsprodukt
							Verkettete Volumenangaben
1,9	- 3,3	3,9	- 4,5	- 2,1	4,8	3,1	Konsumausgaben
1,6	- 5,5	4,7	- 7,1	- 4,0	5,5	4,0	Private Konsumausgaben ²
2,7	2,6	2,0	2,2	2,9	3,1	1,1	Konsumausgaben des Staates
2,6	- 5,2	3,5	- 4,3	- 6,1	0,4	6,5	Bruttoanlageinvestitionen
0,6	- 19,3	8,1	- 18,0	- 20,6	0,7	15,3	Ausrüstungsinvestitionen ³
3,8	1,8	1,5	2,5	1,2	- 0,3	3,3	Bauinvestitionen
2,7	0,5	2,6	1,2	- 0,2	2,1	3,1	Sonstige Anlagen
1,2	- 3,6	3,7	- 4,7	- 2,5	3,7	3,8	Inländische Verwendung
1,0	- 14,5	8,5	- 12,2	- 16,7	3,1	14,2	Exporte
2,5	- 8,9	5,9	- 8,4	- 9,4	3,0	8,7	Importe
0,6	- 6,5	4,9	- 6,7	- 6,3	3,7	6,1	Bruttoinlandsprodukt
							Preisentwicklung (Deflatoren)
1,6	1,1	1,7	1,5	0,8	- 0,2	2,1	Konsumausgaben
1,3	0,6	1,4	1,2	0,0	0,8	1,9	Private Konsumausgaben ²
2,3	2,4	2,4	2,2	2,5	2,5	2,4	Konsumausgaben des Staates
2,9	1,8	1,9	2,3	1,4	1,6	2,1	Bruttoanlageinvestitionen
1,3	1,0	0,9	1,3	0,7	0,8	0,9	Ausrüstungsinvestitionen ³
4,4	2,3	2,6	3,0	1,7	2,1	3,1	Bauinvestitionen
1,6	1,5	1,2	1,6	1,4	1,2	1,2	Sonstige Anlagen
1,8	1,4	1,7	1,7	1,1	1,4	2,1	Inländische Verwendung
0,9	2,2	- 0,2	2,3	2,0	0,3	- 0,8	Terms of Trade
0,8	- 0,6	0,3	0,0	- 1,3	- 0,5	1,2	Exporte
- 0,1	- 2,7	0,6	- 2,3	- 3,2	- 0,9	2,0	Importe
2,1	2,2	1,6	2,5	1,9	1,4	1,7	Bruttoinlandsprodukt
							Entstehung des Inlandsprodukts
0,9	- 1,0	- 0,4	- 0,4	- 1,7	- 1,1	0,3	Erwerbstätige (Inland)
0,6	- 4,2	2,9	- 4,1	- 4,4	2,1	3,7	Arbeitsvolumen
0,0	- 2,4	2,0	- 2,9	- 2,0	1,5	2,4	Produktivität (Stundenbasis)
							Verteilung des Volkseinkommens
2,3	- 3,8	4,2	- 3,0	- 4,5	2,2	6,2	Volkseinkommen
4,4	- 1,6	3,5	- 0,8	- 2,3	2,7	4,2	Arbeitnehmerentgelte
4,2	- 1,8	3,8	- 1,5	- 2,2	3,5	4,1	Bruttolöhne und -gehälter
4,7	- 1,3	4,4	- 1,0	- 1,7	4,2	4,6	darunter: Nettolöhne und -gehälter ⁴
- 2,7	- 9,4	6,3	- 8,5	- 10,4	0,8	11,9	Unternehmens- und Vermögens-einkommen
2,9	0,4	1,7	0,2	0,5	1,4	2,1	Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte ²
.	Sparquote der privaten Haushalte ^{2,5}
							nachrichtlich:
3,3	5,8	- 0,8	7,2	4,6	- 0,1	- 1,5	nominale Lohnstückkosten ⁶
1,2	3,6	- 2,3	4,6	2,7	- 1,5	- 3,1	reale Lohnstückkosten ⁷
1,4	0,6	1,6	1,4	- 0,3	0,9	2,2	Verbraucherpreise

1 – Prognose des Sachverständigenrates. 2 – Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck. 3 – Einschließlich militärischer Waffensysteme. 4 – Arbeitnehmerentgelte abzüglich Sozialbeiträge der Arbeitgeber sowie Sozialbeiträge und Lohnsteuer der Arbeitnehmer. 5 – Ersparnis in Relation zum verfügbaren Einkommen. 6 – Arbeitnehmerentgelt je geleisteter Arbeitnehmerstunde in Relation zum realen BIP je geleisteter Erwerbstätigenstunde. 7 – Arbeitnehmerentgelt je geleisteter Arbeitnehmerstunde in Relation zum BIP je geleisteter Erwerbstätigenstunde.